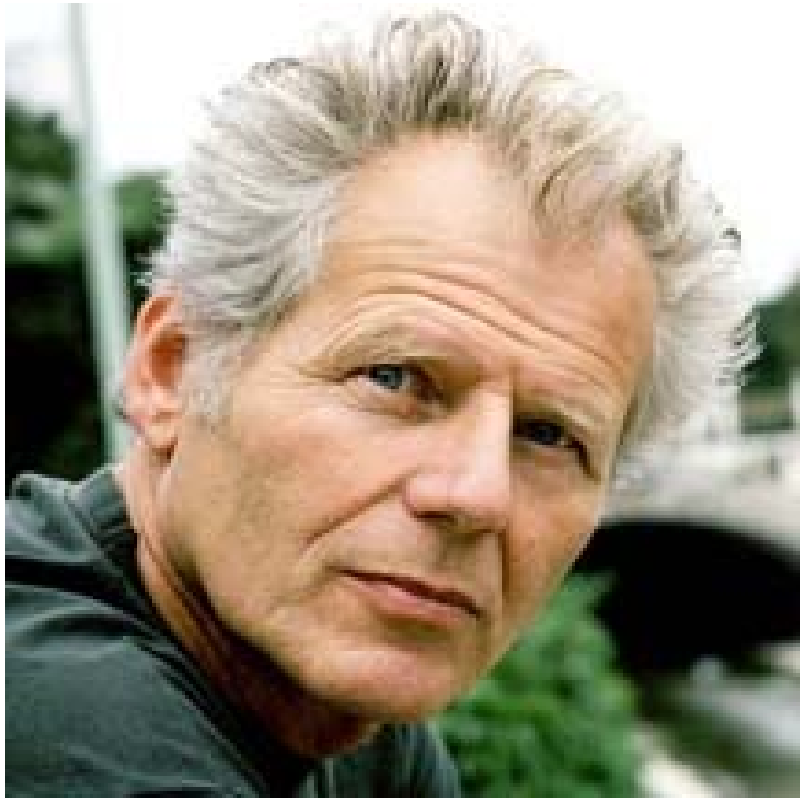
99 Folien – 7 Kapitel zur Demokratie

1. Zur Universalität der Grund – und Menschenrechte
2. Anmerkungen zur Demokratie: Global und National
3. Ein bißchen Tocqueville
4. Bundesrepublikanische Demokratie-Defizit-Befunde
5. Demokratie-Paradoxien
6. Reparatur der Demokratie - Reformvorschläge
7. Liebeserklärung an das Unvollkommene

die freiheit

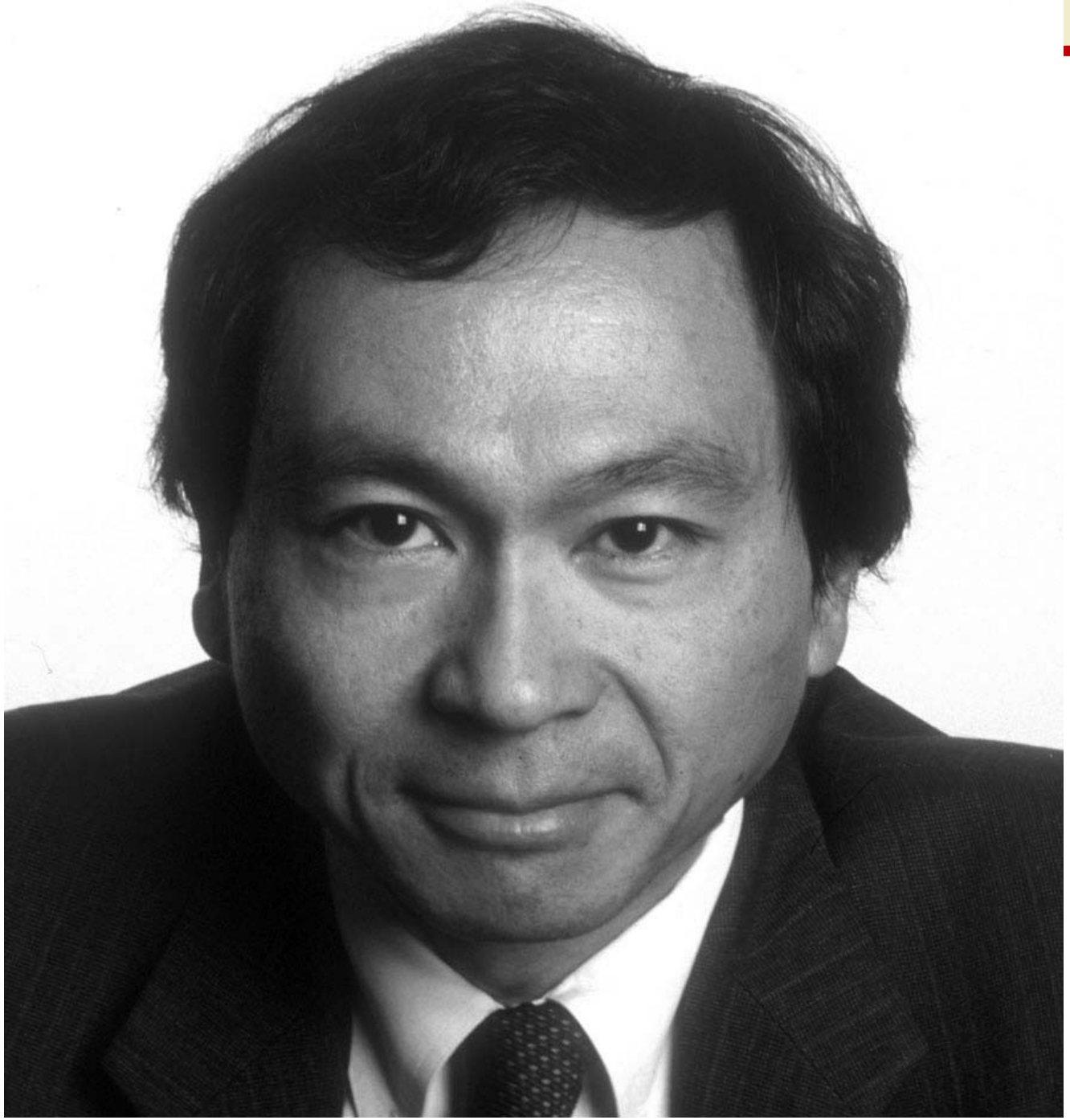
vor ein paar tagen ging ich in den zoo
die sonne schien, mir war ums herz so froh
vor einem käfig sah ich leute stehn
da ging ich hin um mir das näher anzusehen
nicht füttern stand auf einem großen schild
und *bitte nicht reizen, da sehr wild!*
erwachsene und kinder schauten dumm
und nur ein wärter schaute grimmig und sehr stumm
ich fragte ihn *wie heißt denn dieses tier?*
das ist die freiheit! sagte er zu mir
*die gibt es jetzt so selten auf der welt
drum wird sie hier für wenig geld zur schau gestellt*
ich schaute und ich sagte *lieber herr!
ich seh ja nichts, der käfig ist doch leer*
das ist ja grade - sagte er - *der gag!
man sperrt sie ein und augenblicklich ist sie weg!*
die freiheit ist ein wundersames tier
und manche menschen haben angst vor ihr
doch hinter gitterstäben geht sie ein
denn nur in freiheit kann die freiheit
freiheit sein -



georg danzer

lpb
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg



FRANCIS
FUKUYAMA
DAS ENDE
DER
GESCHICHTE
WO
STEHEN
WIR?
verlegt bei Kindler

Wie universell sind
Grund – und Menschenrechte
als Leitbilder für politische Bildung?

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

„Alle Menschenrechte sind universell, unteilbar, bedingen einander und hängen miteinander zusammen."

Wiener Weltkonferenz
für Menschenrechte vom Juni 1993

Gelten auch ohne dass der Staat sie garantiert

Ziel: Würde des Menschen gegenüber der Willkür des Staates zu schützen

Philosophischer Hintergrund: angeboren, unveräußerlich und unabhängig von der Staatsangehörigkeit

Staatliche Anerkennung und Garantie für den Einzelnen einklagbar

Grundrechte als Naturrecht der Menschen

frühe demokratische Verfassungen sahen ihre Rechtfertigung in deren Garantie

Grundrechte bilden die Basis für individuelle Selbstbestimmung

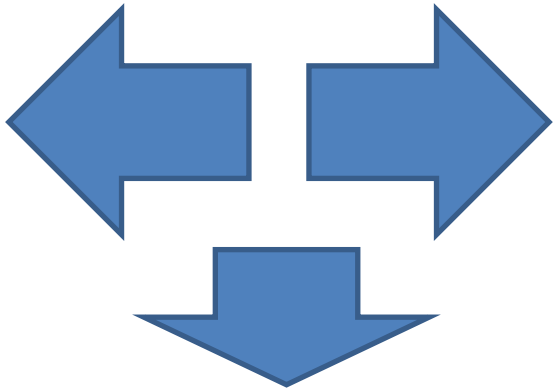
Grundlage für Miteinander, Frieden und Gerechtigkeit

„Vor allem aber gehören die Grundrechte zum Menschenbild der Demokratie: Der einzelne Mensch ist Träger von Rechten, mit denen er an der Gemeinschaft teilnimmt"

Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte

Universalität

Die Allgemeingültigkeit wichtiger moralischer Begriffe oder kultureller Überzeugungen



Die räumliche und zeitliche Unveränderlichkeit

Die Generalisierbarkeit und den umfassenden Charakter von Wissen, Bildung und wissenschaftlichen Aufgaben

Universalität - Was heißt Universalität der Menschenrechte?

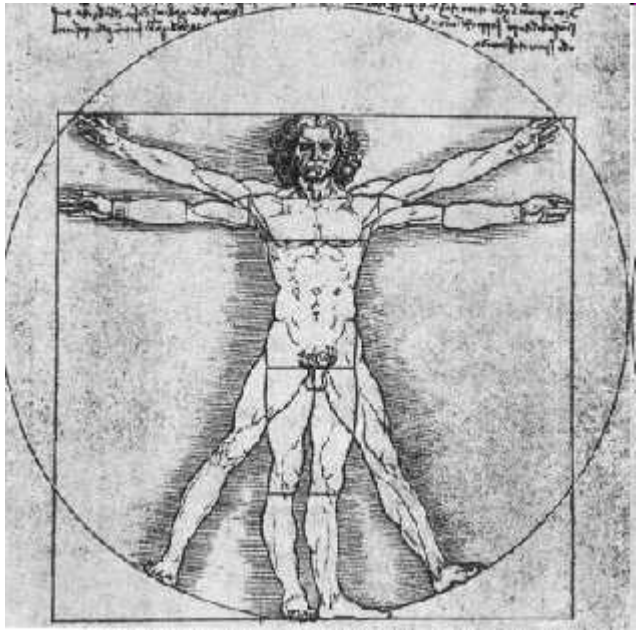
Menschenrechte müssen überall für alle Menschen gleich gelten, um elementare Interessen zu schützen

Forderung nach uneingeschränkter Anerkennung

Ihre Geltung soll weltweit anerkannt werden
Jeder Mensch ist verpflichtet, die Menschenrechte seiner Mitmenschen zu respektieren.

Dieser Verpflichtung entspringt der Anspruch nach universaler Geltung der Menschenrechte.

„Das Ziel jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte."



Universalität - Sind Grund - & Menschenrechte universell gültig?

Pro

Menschenrechte seit 1946 weltweit zunehmend akzeptiert, da schriftlich verankert

Menschenrechte werden bis heute nicht weltweit geächtet

Können in staatlichem Notstand nicht außer Kraft gesetzt werden

Menschenwürde international hohen Stellenwert

Contra

Vorwurf, Menschenrechte seien ein westliches Kulturprodukt

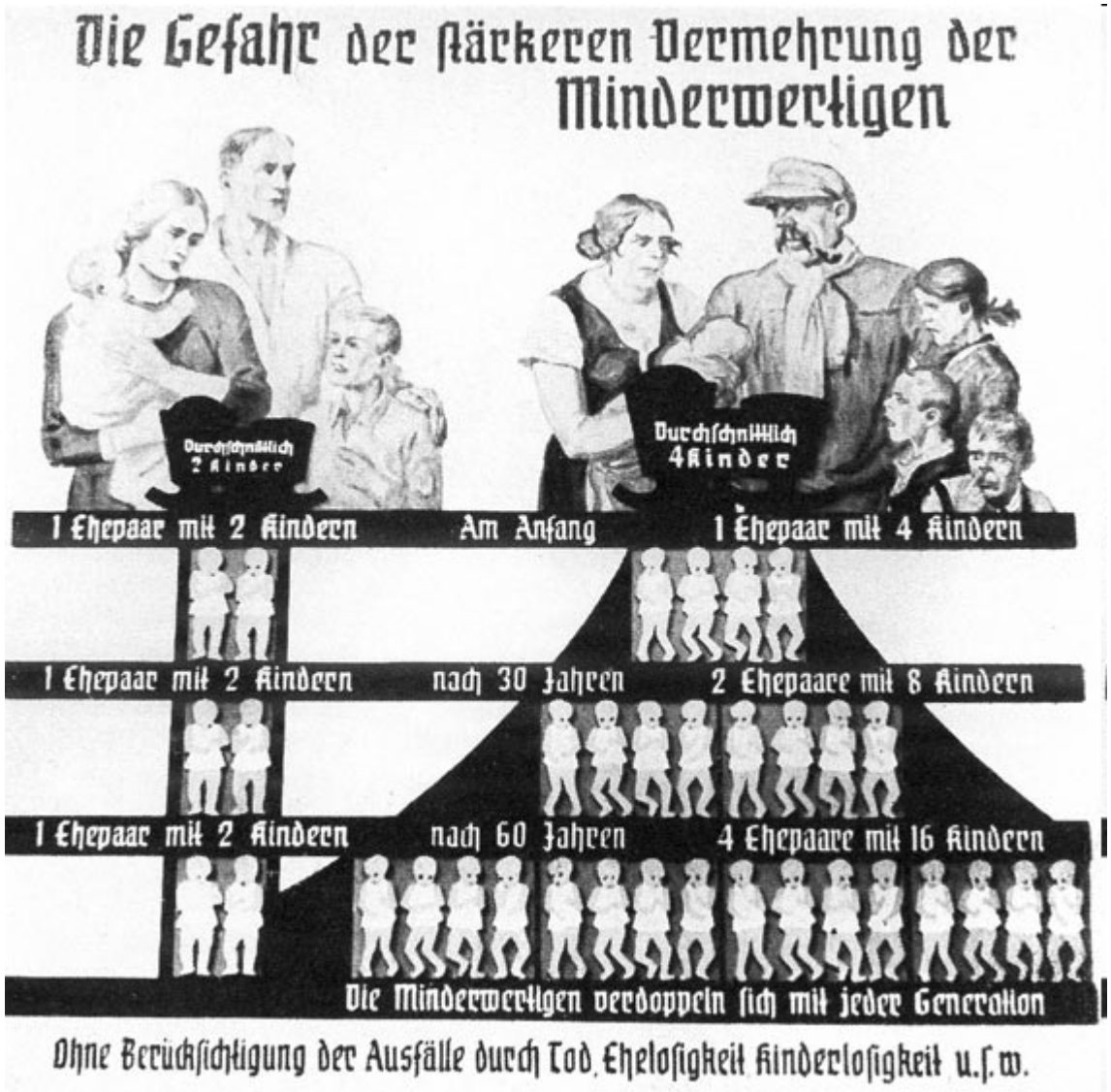
Menschenrechte werden bis heute nicht weltweit geachtet

Deutschland

Das Trauma des Nationalsozialismus

Verankerung im GG, dass diese in ihrem Wesensgehalt nicht geändert werden dürfen

Westliche Prägung – „freiheitlicher Gedanke“ Bedeutung der Demokratie



Dienen Grund – und Menschenrechte als Leitbilder für politische Bildung?

Grund- und Menschenrechte bilden die Grundlage für ein friedliches Miteinander und Gerechtigkeit, sowie für individuelle Selbstbestimmung.

Basis für politische Bildung

Dienen Grund – und Menschenrechte als Leitbilder für die politische Bildung?

Überwältigungsverbot

Keine Indoktrination

Kontroverse

Alternativen und Standpunkte zugelassen werden

Minimalkonsens

Ein Leitbild ist eine idealhafte, richtungsweisende Vorstellung

Beutelsbacher Konsens

Versteht mich bitte nicht zu rasch.

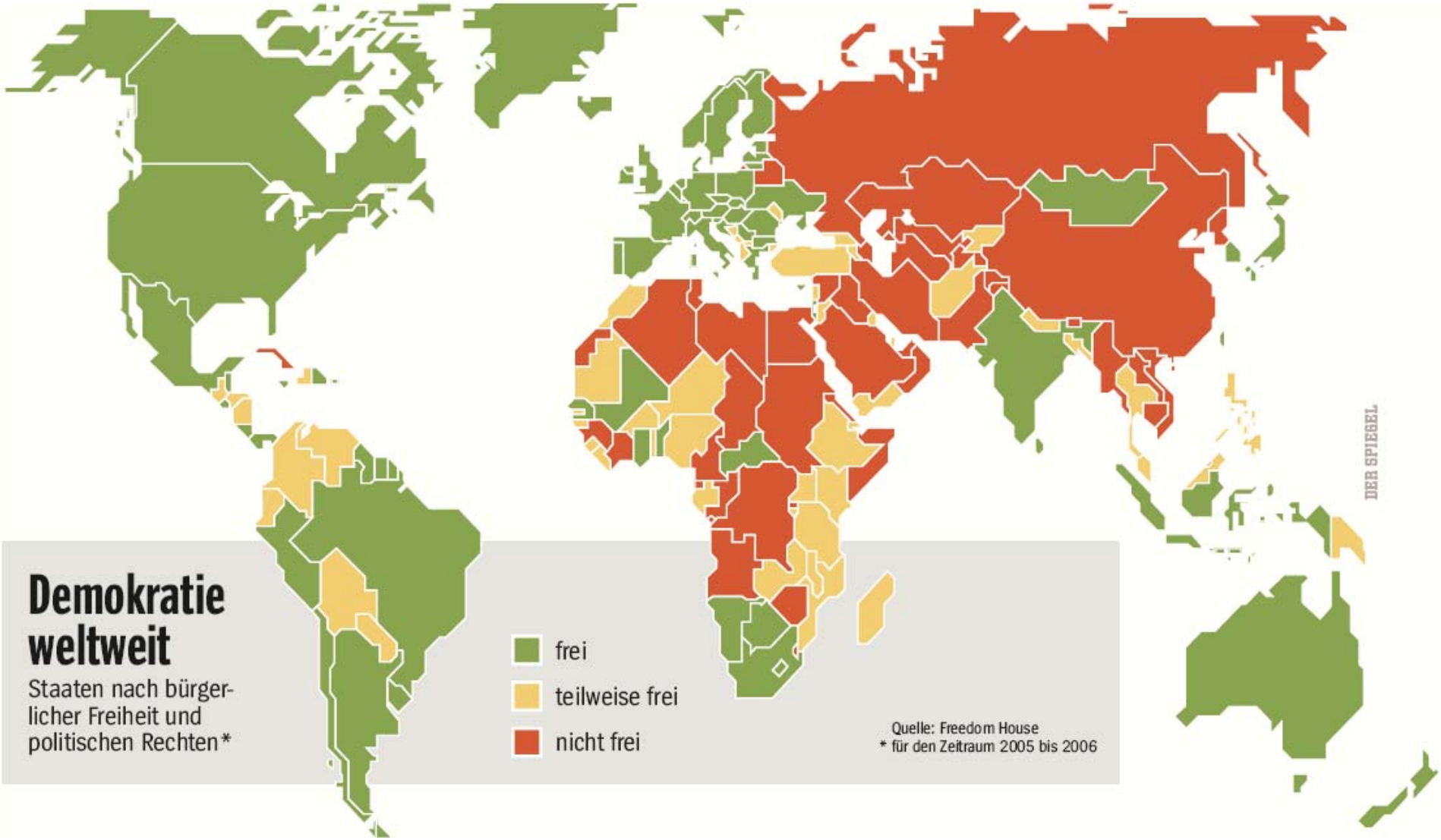
André Gide

Machen wir es uns nicht zu einfach….

Anmerkungen zur Demokratie

Global, National und Regional

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Demokratie-Index 2006

Quelle: The Economist

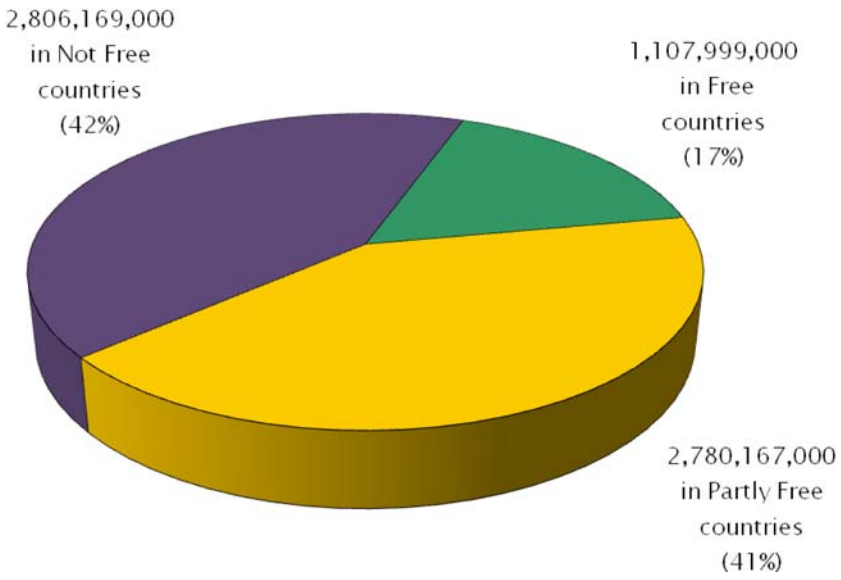
- gut ausgebaute Demokratie
- Demokratie mit einzelnen Mängeln
- Mischform mit autoritären Elementen
- Autoritäres Regime

Platz		Punkte
1.	Schweden	9,88
2.	Island	9,71
3.	Niederlande	9,66
13.	Deutschland	8,82
17.	USA	8,22
20.	Japan	8,15
24.	Frankreich	8,07
31.	Südkorea	7,88
32.	Taiwan	7,82
34.	Italien	7,73
53.	Mexiko	6,67
63.	Philippinen	6,48
65.	Indonesien	6,41
84.	Singapur	5,89
93.	Venezuela	5,42
102.	Russland	5,02
112.	Irak	4,01
120.	Kasachstan	3,62
138.	China	2,97
139.	Iran	2,93
141.	Sudan	2,90
143.	Oman	2,77
145.	Vietnam	2,75
150.	Vereinigte Arabische Emirate	2,42
151.	Angola	2,41
159.	Saudi-Arabien	1,92
165.	Tschad	1,65
166.	Zentralafrikanische Republik	1,61
167.	Nordkorea	1,03

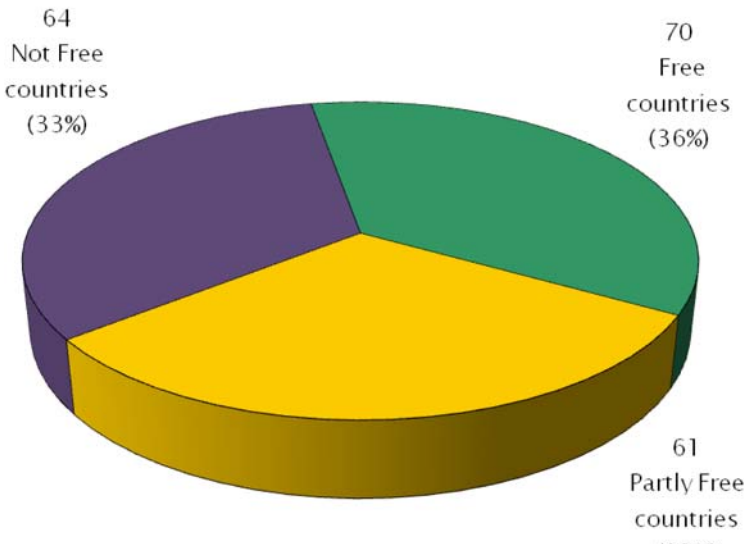
lpb
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

PRESS FREEDOM IN THE WORLD 2009

By Population



By Country



FREEDOM HOUSE Map of Press Freedom 2009

Survey Findings

Freedom Status	Country Breakdown	Population Breakdown (in billions)
FREE	70 (36%)	1.17 (17%)
PARTLY FREE	61 (31%)	2.72 (41%)
NOT FREE	64 (33%)	2.80 (42%)
TOTAL	**195 (100%)**	**6.69 (100%)**

The Map of Press Freedom reflects the findings of Freedom House's study *Freedom of the Press 2009: A Global Survey of Media Independence*, which rates the level of press freedom in 195 countries and territories during 2008. Based on these ratings, countries are classified as **Free**, **Partly Free**, or **Not Free**.

The ratings system is designed to capture the varied ways in which pressure can be placed on the flow of information and the ability of print, broadcast, and internet-based news outlets to operate freely and without fear of repercussions. The study also assesses the degree of news and information diversity available to the public in any given country, from either local or transnational sources.

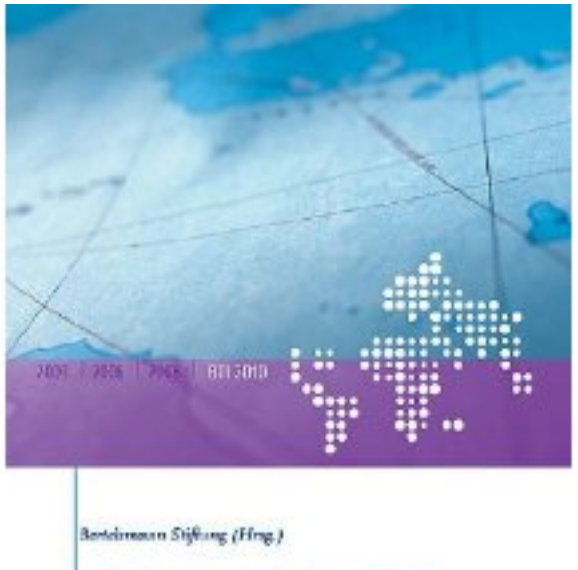
Criteria include: the legal environment in which the media operate; the degree of political control over the news media; economic pressures on content; and violations of press freedom ranging from the murder of journalists to other extralegal abuse and harassment by both state and nonstate actors.

Freedom House is an independent nongovernmental organization that has monitored press freedom worldwide since 1980.

www.freedomhouse.org

Production of the Map of Press Freedom made possible by the Harford Foundation

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg



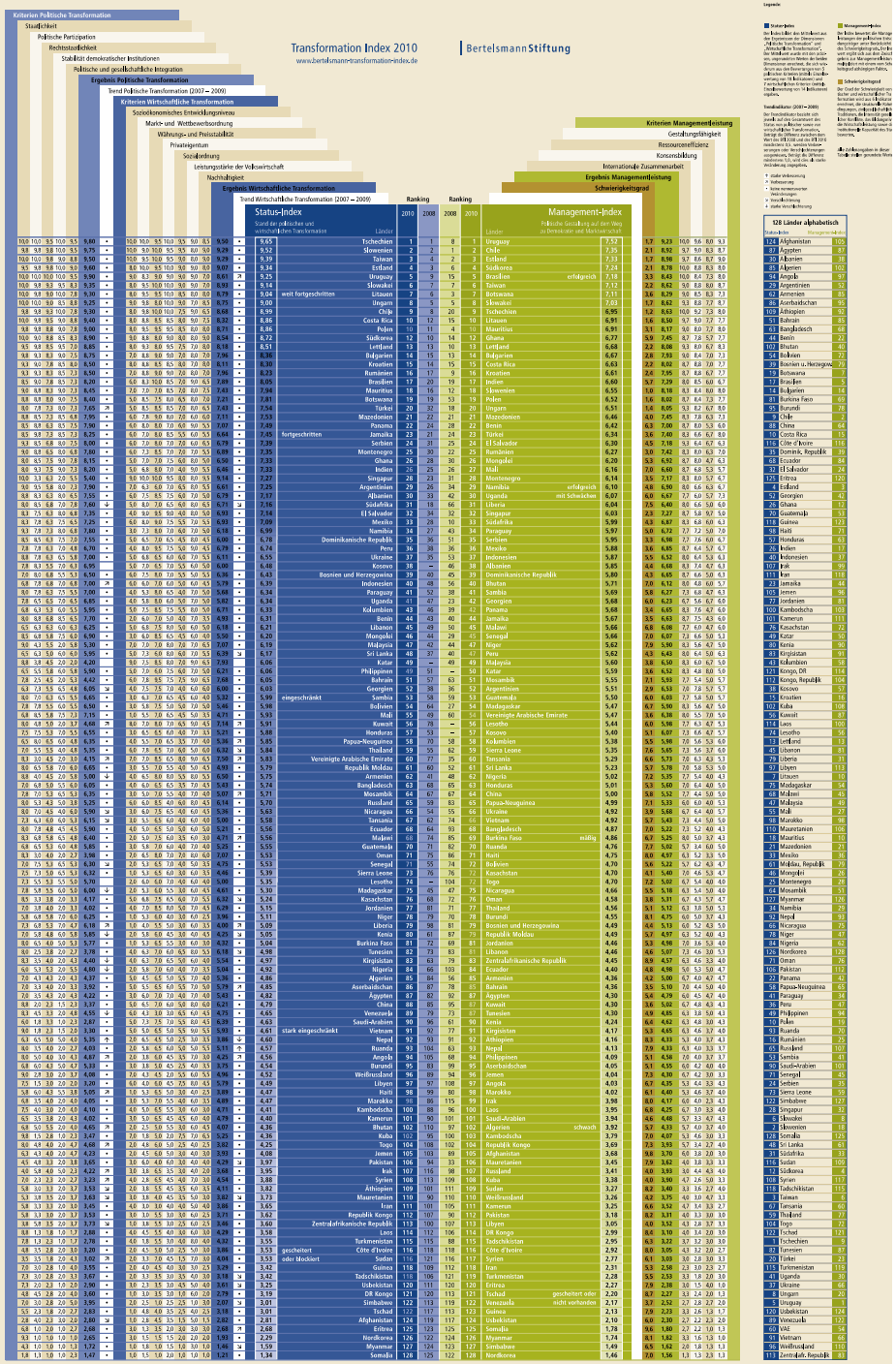
Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Transformation Index 2010

Politische Gestaltung im internationalen Vergleich

Verlag Bertelsmann Stiftung

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg



Transformation Index 2010
www.bertelsmann-transformation-index.de

Bertelsmann Stiftung

Kriterien Politische Transformation
Staatlichkeit
Politische Partizipation
Rechtsstaatlichkeit
Stabilität demokratischer Institutionen
Politische und gesellschaftliche Integration
Ergebnis Politische Transformation
Trend Politische Transformation (2007 – 2009)
Kriterien Wirtschaftliche Transformation
Sozioökonomisches Entwicklungsniveau
Markt- und Wettbewerbsordnung
Währungs- und Preisstabilität
Privateigentum
Sozialordnung
Leistungsstärke der Volkswirtschaft
Nachhaltigkeit
Ergebnis Wirtschaftliche Transformation
Trend Wirtschaftliche Transformation (2007 – 2009)
Kriterien Managementleistung
Gestaltungsfähigkeit
Ressourceneffizienz
Konsensbildung
Internationale Zusammenarbeit
Ergebnis Managementleistung
Schwierigkeitsgrad

Status-Index
Stand der politischen und wirtschaftlichen Transformation

Management-Index
Politische Gestaltung auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft

Status-Index Länder	Ranking 2010	Ranking 2008	Ranking 2008	Ranking 2010	Management-Index Länder
Tschechien	1	1	8	1	Uruguay
Slowenien	2	1	2	2	Chile
Taiwan	3	4	2	3	Estland
Estland	4	2	6	4	Südkorea
Uruguay	5	3	15	5	Brasilien erfolgreich
Slowakei	6	7	7	6	Taiwan
weit fortgeschritten Litauen	7	6	3	7	Botswana
Ungarn	8	5	5	8	Slowakei
Chile	9	8	20	9	Tschechien
Costa Rica	10	12	10	10	Litauen
Polen	11	4	10	11	Mauritius
Südkorea	12	10	14	12	Ghana
Lettland	13	13	13	13	Lettland
Bulgarien	14	15	13	14	Bulgarien
Rumänien	15	14	15	15	Costa Rica
Kroatien	16	17	9	16	Kroatien
Brasilien	17	20	19	17	Indien
Mauritius	18	16	12	18	Slowenien
Botswana	19	19	53	19	Polen
Türkei	20	32	18	20	Ungarn
Mazedonien	21	21	21	21	Mazedonien
Panama	22	24	28	22	Benin
fortgeschritten Jamaika	23	21	24	23	Türkei
Serbien	24	31	29	24	El Salvador
Montenegro	25	30	22	25	Rumänien
Ghana	26	28	30	26	Mongolei
Indien	25	26	22	27	Mali
Singapur	28	23	31	28	Montenegro
Argentinien	29	26	34	29	Namibia erfolgreich
Albanien	30	33	38	30	Uganda mit Schwächen
Südafrika	31	18	66	31	Liberia
El Salvador	32	34	32	32	Singapur
Mexiko	33	28	10	33	Südafrika
Namibia	34	27	43	34	Paraguay
Dominikanische Republik	35	36	51	35	Serbien
Peru	36	38	36	36	Mexiko
Ukraine	37	35	53	37	Indonesien
Kosovo	38	39	46	38	Albanien
Bosnien und Herzegowina	39	42	45	39	Dominikanische Republik
Indonesien	40	48	56	40	Bhutan
Paraguay	41	52	38	41	Sambia
Uganda	41	47	23	42	Georgien
Kolumbien	43	46	39	43	Panama
Benin	44	43	40	44	Jamaika
Libanon	45	49	50	45	Malawi
Mongolei	46	44	29	46	Senegal
Malaysia	47	42	44	47	Niger
Sri Lanka	48	37	40	47	Peru
Katar	49	—	49	49	Malaysia
Philippinen	49	51	—	50	Katar
Bahrain	51	57	63	51	Mosambik
Georgien	52	38	36	52	Argentinien
eingeschränkt Sambia	53	58	59	53	Guatemala
Bolivien	54	64	27	54	Madagaskar
Mali	55	65	60	55	Vereinigte Arabische Emirate
Kuwait	56	75	—	56	Lesotho
Honduras	57	53	—	57	Kosovo
Papua-Neuguinea	58	70	58	58	Kolumbien
Thailand	59	55	62	59	Sierra Leone
Vereinigte Arabische Emirate	60	77	35	60	Tanzania
Republik Moldau	61	52	61	61	Sri Lanka
Armenien	62	41	48	62	Nigeria
Bangladesch	63	68	65	63	Honduras
Mosambik	64	67	64	64	China
Russland	65	59	83	65	Papua-Neuguinea
Nicaragua	66	54	55	66	Ukraine
Tanzania	67	62	74	67	Vietnam
Ecuador	68	64	93	68	Bangladesch
Malawi	69	74	85	69	Burkina Faso mäßig
Guatemala	70	71	82	70	Ruanda
Oman	71	75	86	71	Haiti
Senegal	71	59	74	72	Bolivien
Sierra Leone	73	76	76	72	Kasachstan
Lesotho	74	—	104	72	Togo
Madagaskar	75	45	79	75	Nicaragua
Kasachstan	76	68	72	76	Oman
Jordanien	77	81	71	77	Thailand
Niger	78	79	78	78	Burundi
Liberia	79	88	79	79	Bosnien und Herzegowina
Kenia	80	61	87	79	Republik Moldau
Burkina Faso	81	72	69	81	Jordanien
Tunesien	82	73	83	81	Libanon
Kirgisistan	83	63	79	83	Zentralafrikanische Republik
Nigeria	84	66	103	84	Ecuador
Algerien	85	84	56	85	Armenien
Aserbaidschan	86	87	78	85	Bahrain
Ägypten	87	82	70	87	Ägypten
China	88	85	95	87	Kuwait
Venezuela	89	73	—	89	Tunesien
Saudi-Arabien	90	96	61	90	Kenia
stark eingeschränkt Vietnam	91	92	77	91	Kirgisistan
Nepal	92	91	92	92	Äthiopien
Ruanda	93	104	63	93	Nepal
Angola	94	105	68	94	Philippinen
Burundi	95	83	99	95	Aserbaidschan
Weißrussland	96	89	94	96	Jemen
Libyen	97	97	108	97	Angola
Haiti	98	99	80	98	Marokko
Marokko	99	86	115	99	Irak
Kambodscha	100	88	96	100	Laos
Kamerun	101	90	101	101	Saudi-Arabien
Bhutan	102	110	97	102	Algerien schwach
Kuba	103	95	106	102	Kambodscha
Togo	104	108	102	104	Republik Kongo
Jemen	105	103	89	105	Afghanistan
Pakistan	106	94	93	106	Mauretanien
Irak	107	116	98	107	Russland
Syrien	108	113	109	108	Kuba
Äthiopien	109	101	111	109	Sudan
Mauretanien	110	90	110	110	Weißrussland
Iran	111	101	105	111	Kamerun
Republik Kongo	112	107	90	112	Pakistan
Zentralafrikanische Republik	113	100	107	113	Libyen
Laos	114	112	106	114	DR Kongo
Turkmenistan	115	115	88	115	Tadschikistan
gescheitert oder Côte d'Ivoire	116	118	116	116	Côte d'Ivoire
Sudan	117	121	116	117	Syrien
Guinea	118	109	112	118	Iran
Tadschikistan	119	106	121	119	Turkmenistan
Usbekistan	120	111	120	120	Eritrea
DR Kongo	121	120	113	121	Tschad gescheitert oder
Simbabwe	122	113	119	122	Venezuela nicht vorhanden
Tschad	123	117	113	123	Guinea
Afghanistan	124	119	117	124	Usbekistan
Eritrea	125	123	125	125	Somalia
Nordkorea	126	122	124	126	Myanmar
Myanmar	127	124	123	127	Simbabwe
Somalia	128	125	122	128	Nordkorea

Legende

Status-Index
Das Ranking basiert auf dem Status-Index, dem Ergebnis der Dimensionen Politische Transformation und „Wirtschaftliche Transformation". Der Wert dieser beiden Dimensionen wiederum ist das Ergebnis der Dimensionen ermittelten, die sich wiederum aus den Bewertungen von 5 politischen Kriterien (Status, Staatlichkeit, Politische Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Stabilität demokratischer Institutionen, Politische und gesellschaftliche Integration) und 7 Kriterien zusammensetzen.

Trendindikator (2007 – 2009)
Der Trendindikator bezieht sich zweifach auf den Sachverhalt des Status-Index: Einerseits auf politische Transformation, Beurteilt die Differenz zwischen dem Status-Index 2009 und 2007 (Trend Kriterien 1-5), andrerseits Indikatoren wenigstens eine Verschlechterungen ausgesetzen, Beurteilt die Differenz zwischen 5.0, wird dies als starke Verschlechterung zugeordnet.

↑ starke Verbesserung
↗ Verbesserung
→ keine nennenswerten Veränderungen
↘ Verschlechterung
↓ starke Verschlechterung

Management-Index
Das Ranking basiert auf dem Management-Index, der politischen Gestaltung auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft. Der Schwierigkeitsgrad, der das Ausmaß der Hindernisse, die die Transformation erschwerten, wurde aus den Zeitraum 2007 – 2009 ermittelt. Dabei wurde der Wert 10 einem extrem hohen Schwierigkeitsgrad zugeordnet, der Wert 1 einem extrem niedrigen Schwierigkeitsgrad.

Schwierigkeitsgrad
Der Grad der Schwierigkeit ist dichter und weniger dicht. Zu Beginn der Transformation, die dunkelste Farbe ohne Angaben, wird nach Kriterien Traditionen, die Transformation, Kultur, Bevölkerung, Bildung, Wirtschaftsentwicklung, Bodenschätze und Rohstoffe und Ressourcen bewertet.

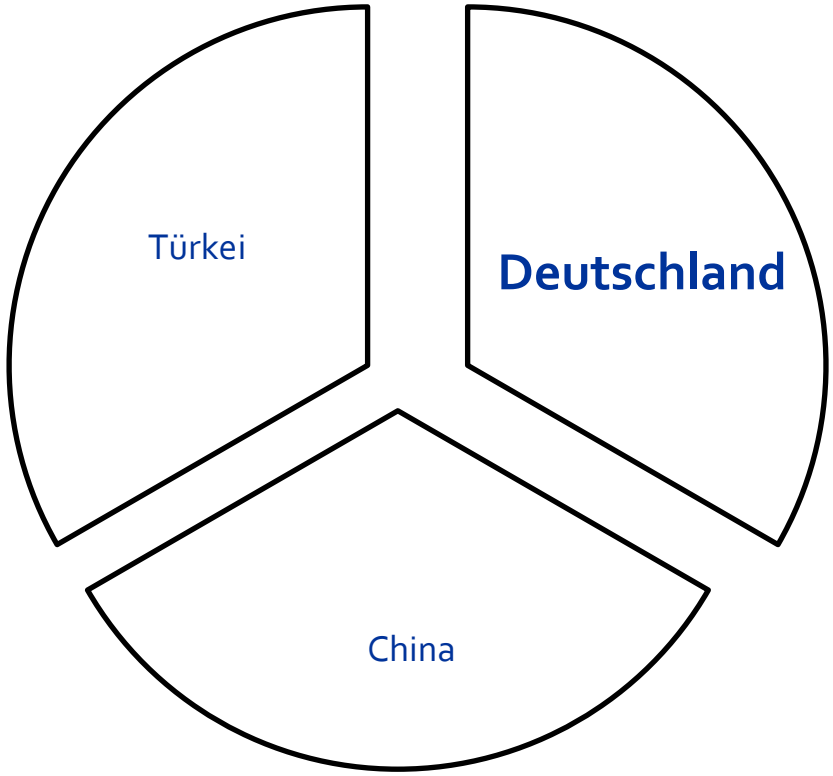
Ohne Angaben in dieser Tabelle – keine gemeinsamen Werte

128 Länder alphabetisch

Status-Index	Management-Index
Afghanistan	105
Ägypten	87
Albanien	38
Algerien	103
Angola	94
Argentinien	52
Armenien	85
Aserbaidschan	85
Äthiopien	109
Bahrain	85
Bangladesch	68
Benin	72
Bhutan	102
Bolivien	72
Bosnien u. Herzegowina	79
Botswana	19
Brasilien	5
Bulgarien	14
Burkina Faso	69
Burundi	78
Chile	9
China	64
Costa Rica	15
Côte d'Ivoire	116
Dominik. Republik	39
Ecuador	34
El Salvador	24
Eritrea	120
Estland	4
Georgien	43
Ghana	12
Guatemala	33
Guinea	118
Haiti	41
Honduras	61
Indien	17
Indonesien	37
Irak	107
Iran	111
Jamaika	44
Jemen	96
Jordanien	81
Kambodscha	103
Kamerun	111
Kasachstan	72
Katar	50
Kenia	80
Kirgisistan	81
Kolumbien	43
Kongo, DR	114
Kongo, Republik	104
Kosovo	57
Kroatien	16
Kuba	108
Kuwait	87
Laos	100
Lesotho	56
Lettland	13
Libanon	81
Liberia	79
Libyen	113
Litauen	10
Madagaskar	54
Malawi	45
Malaysia	49
Mali	27
Marokko	98
Mauretanien	106
Mauritius	10
Mazedonien	21
Mexiko	36
Mitglieder, Republik	96
Mongolei	46
Montenegro	28
Mosambik	63
Myanmar	126
Namibia	34
Nepal	92
Nicaragua	75
Niger	47
Nigeria	92
Nordkorea	128
Oman	76
Pakistan	112
Panama	42
Papua-Neuguinea	65
Paraguay	41
Peru	37
Philippinen	44
Polen	11
Ruanda	70
Rumänien	15
Russland	107
Sambia	31
Saudi-Arabien	101
Senegal	45
Serbien	35
Sierra Leone	59
Simbabwe	127
Singapur	32
Slowakei	8
Slowenien	18
Somalia	125
Sri Lanka	48
Südafrika	33
Sudan	109
Südkorea	4
Syrien	117
Tadschikistan	115
Taiwan	3
Tanzania	60
Thailand	77
Togo	72
Tschechien	1
Tunesien	87
Türkei	23
Turkmenistan	115
Uganda	30
Ukraine	37
Ungarn	20
Uruguay	1
Usbekistan	124
Venezuela	127
VAE	54
Vietnam	91
Weißrussland	110
Zentralafr. Republik	113

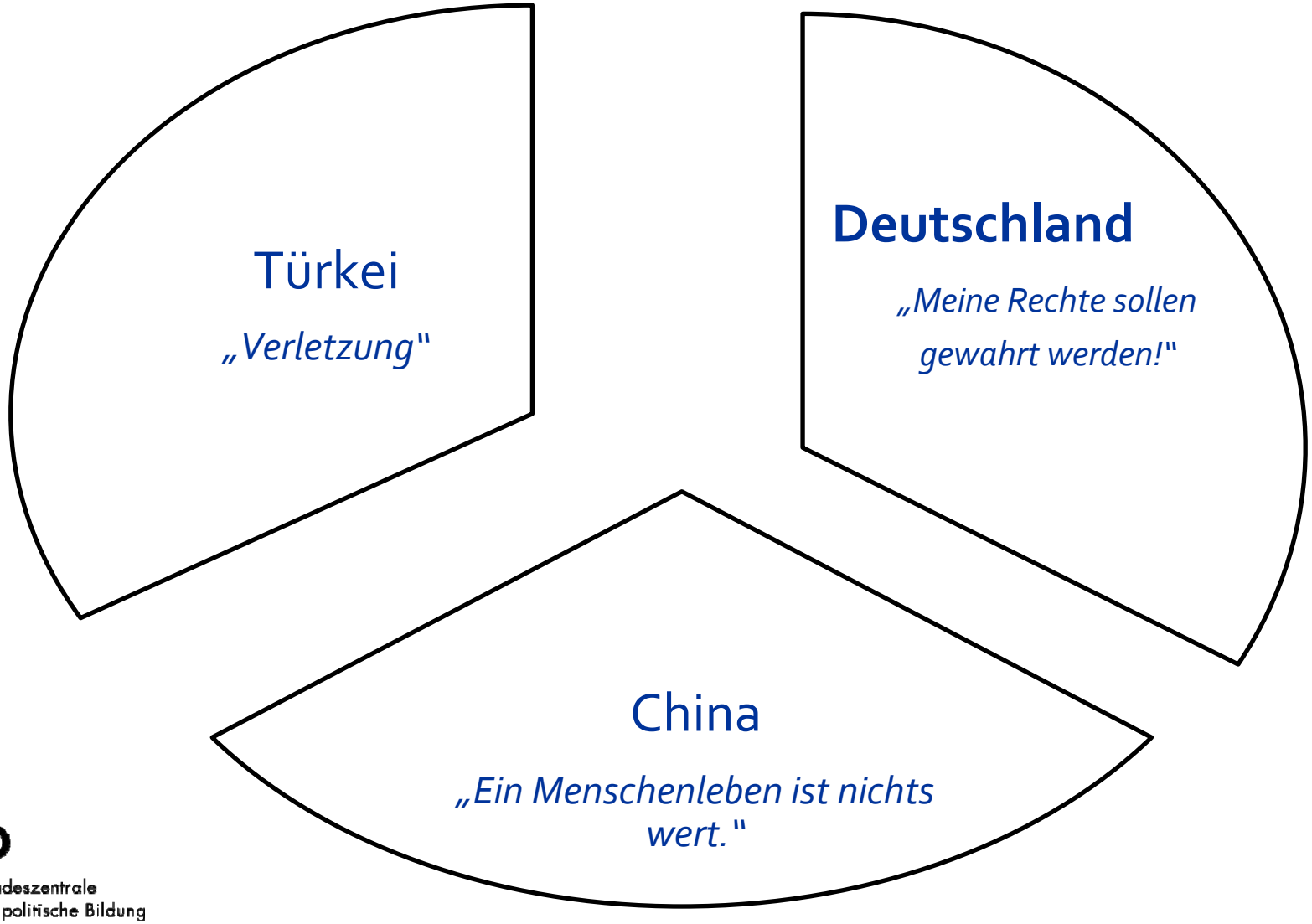
In many parts of OUR WORLD,

Kulturelle Unterscheidungen



Hinter den Menschenrechten stehen verschiedene Ansprüche, die aufgrund unterschiedlichen kulturellen, geschichtlichen und politischen Hintergrundes eines jeden Landes entstehen. Dies ist auch ausschlaggebend für die Ausgestaltung der Menschenrechte.

Kulturelle Unterscheidungen



Kulturelle Unterscheidungen Türkei

Zwei Wertesysteme

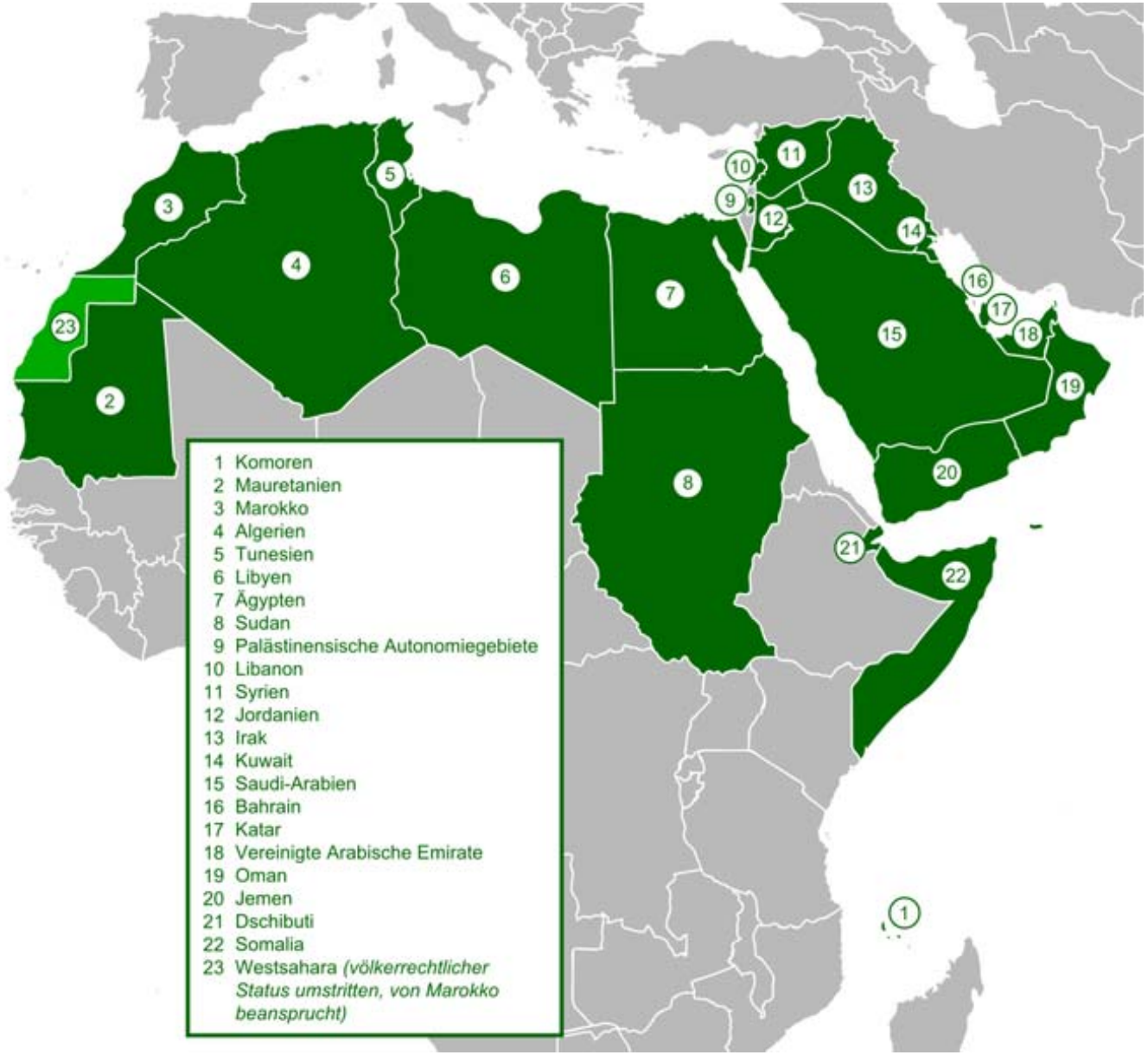
- Seit 1952 Mitglied der Nato
- 2002 Verfassungsänderung, zur Verbesserung der Menschenrechtsgarantien und Eingrenzung der Todesstrafe
- 07. November 1982: Proklamation eines demokratischen, laizistischen und sozialen Rechtsstaates
- Umfassender Grundrechtskatalog

- Art. 13 (Grundrechte durch Gesetz eingeschränk und Antiterrorgesetz
- Todesstrafe 2004 abgeschafft
- Kurdenfrage
- Menschen- und Bürgerrechte durch Unregelmäßigkeiten im Staatsapparat gefährdet

Theoretisch befindet sich die Türkei auf einem guten Weg. Doch viele traditionelle Werte sind schlecht mit den freiheitlichen Gedanken der Grund – und Menschenrechte zu vereinbaren, was eine Akzeptanz erschwert.

"Seit mehr als 500 Jahren haben die Regeln eines alten Araber-Scheichs (gemeint ist Mohammed) und die abstrusen Auslegungen von Generationen ignoranter Prediger in der Türkei sämtliche Zivil- und Strafgesetze festgelegt. Der Islam, diese absurde Gotteslehre eines unmoralischen Beduinen, ist ein verwesender Kadaver, der unser Leben vergiftet." Ein "Schwachkopf" sei jeder Politiker, der zum Regieren der Religion bedürfe.
Spiegel 22/2008

Wie kommt es, dass nicht ein einziger der 22 arabischen Staaten wirklich demokratisch ist und dass man auch in der Türkei, in Pakistan, in Bangladesch länger nach Demokraten suchen muss als anderswo? Sind die üblichen Verdächtigen schuld - die schwache Mittelschicht, das lausige Bildungssystem, die fehlende Tradition der Streitkultur? Oder sind Islam und Demokratie grundsätzlich unvereinbar?

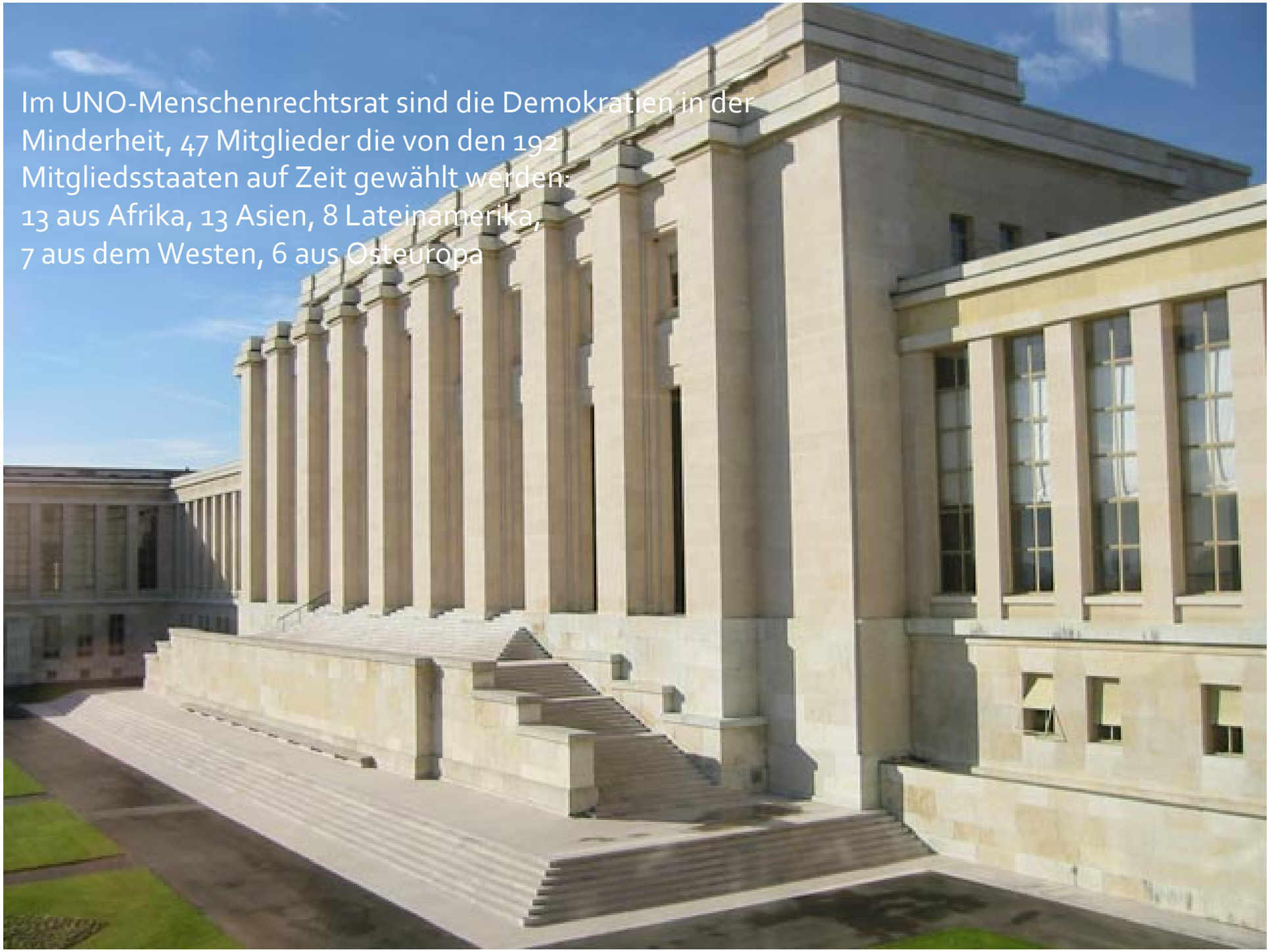


Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Sieht man von Norwegen ab, hat keine der 23 größten Ressourcenmächte demokratische Institutionen.

In: Der Spiegel 19/2008

Ein weitgehend ungeklärtes Problem liegt im Verhältnis von Völkerrecht und nationalem Recht. Es beunruhigt, weil das nationale Recht demokratisch erlassen und legitimiert ist, während das internationale als nicht in allen Teilen gleich stark und ausreichend verwurzelt gilt.

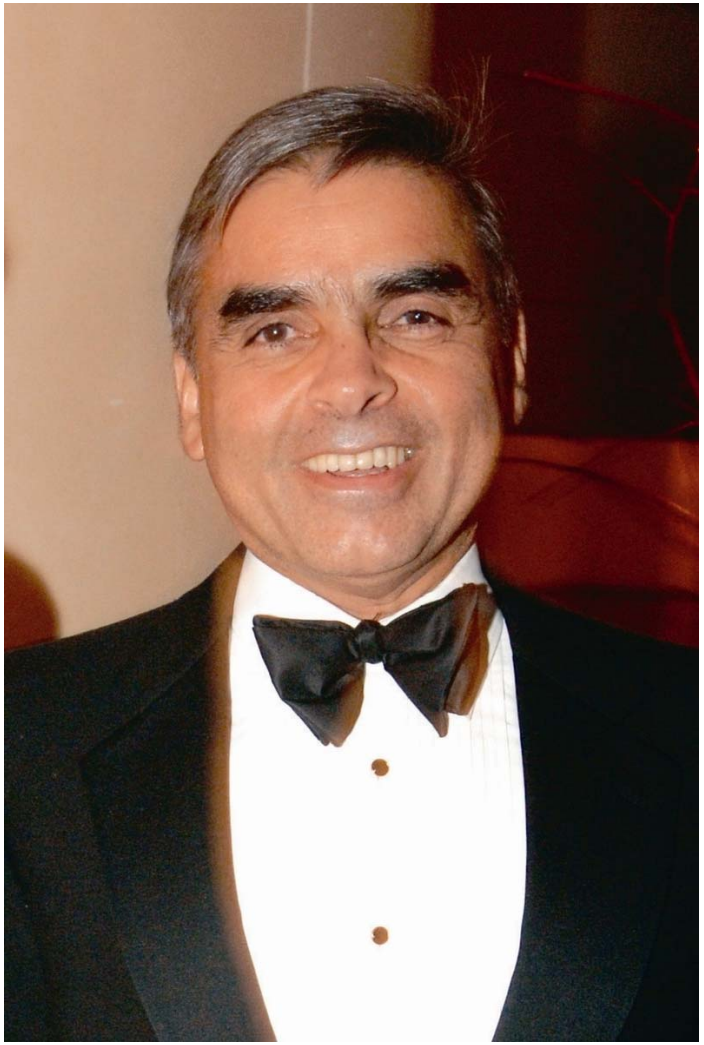

Im UNO-Menschenrechtsrat sind die Demokratien in der
Minderheit, 47 Mitglieder die von den 192
Mitgliedsstaaten auf Zeit gewählt werden:
13 aus Afrika, 13 Asien, 8 Lateinamerika,
7 aus dem Westen, 6 aus Osteuropa

Es gibt Regionen, die sind kulturell nicht zu der Art Demokratie bereit, die uns also so attraktiv erscheint.

Colin Powell,
früherer Außenminister der USA
in: Spiegel 19/2008

lpb
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Es ist besser für den Westen, mit der Mehrheit der Weltbevölkerung zu kooperieren, statt sie von oben herab zu behandeln. Werdet klüger, werdet einfühlsamer. Lernt anderen zuzuhören. Ansonsten wird es jenen Kampf der Kulturen gebe, den ihr so fürchtet. Es ist wie in einer Schulklasse. Wenn einer den Rest die ganze Zeit tyrannisiert, entstehen Hass und Zorn. Der Westen war der Klassentyrann der letzten 200 Jahre. … Ihr kommt auf euren hohen Rössern daher wie die weißen Ritter, Galopp, Galopp, und glaubt, die armen Völker von ihren bösen Führern befreien zu müssen. In Wahrheit verfolgt ihr unter dem Deckmantel von Demokratie und Menschenrechten nur eure egoistischen Interessen. Wir haben eure Doppelmoral durchschaut. … Deshalb rate ich Ländern wie Deutschland: Shut up! Redet nicht mehr über Menschenrechte!



Kishore Mahbubani

in: Der Spiegel 21/2008

SPIEGEL-UMFRAGE
Demokratie-Export

„Sollte es Ziel der deutschen Politik sein, in möglichst vielen Ländern auf der Welt die Demokratie nach westlichem Vorbild durchzusetzen?“

Ja **48 %**

WEST: 50 % OST: 38 %

Nein **47 %**

mit „nein“ antworteten Anhänger von:	CDU/CSU	SPD	FDP	B'90/Grüne	Linke
	37	49	44	48	69

TNS Forschung vom 28. und 29. April; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/ keine Angabe

Kulturelle Unterscheidungen China

- Lehnt „westliche Demokratie" ab
- Autoritäres Regierungssystem & Unterdrückung oppositioneller Aktivitäten
- Wesentliche Prinzipien der Verfassungsordnung sind Unterordnung individueller Rechte unter kollektive Interessen
- Traditionelle Kultur wird gefördert

- Der Staat respektiert und gewährleistet Menschenrechte
- seit 2004 in Verfassung verankert
- Ratifizierte Menschenrechtskonvention der UNO
- Erst Erlangung wirtschaftlichen Wohlstandes, dann Realisierung der Menschenrechte

Die starke Prägung der ständigen Unterordnung und die Ablehnung westlicher Werte stehen im Gegensatz zum Geist der Grund – und Menschenrechte.

SPIEGEL-UMFRAGE
Menschenrechte

32 %

aller Befragten finden, die Bundesregierung solle sich **nicht** *für die Menschenrechte in China einsetzen, wenn dadurch eventuell Aufträge für die deutsche Wirtschaft verlorengingen.*

Trotzdem einsetzen:	**63 %**
„Weiß nicht“:	**5 %**

TNS Forschung vom 28. und 29. April; 1000 Befragte

Geheime Planungskommission
Keine Anhörung 15 Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht
10 000 Bewohner umgesiedelt
Bauzeit vier Jahre, 50 000 Bauarbeiter
größter Flughafen der Welt nach Entwürfen von Norman Foster

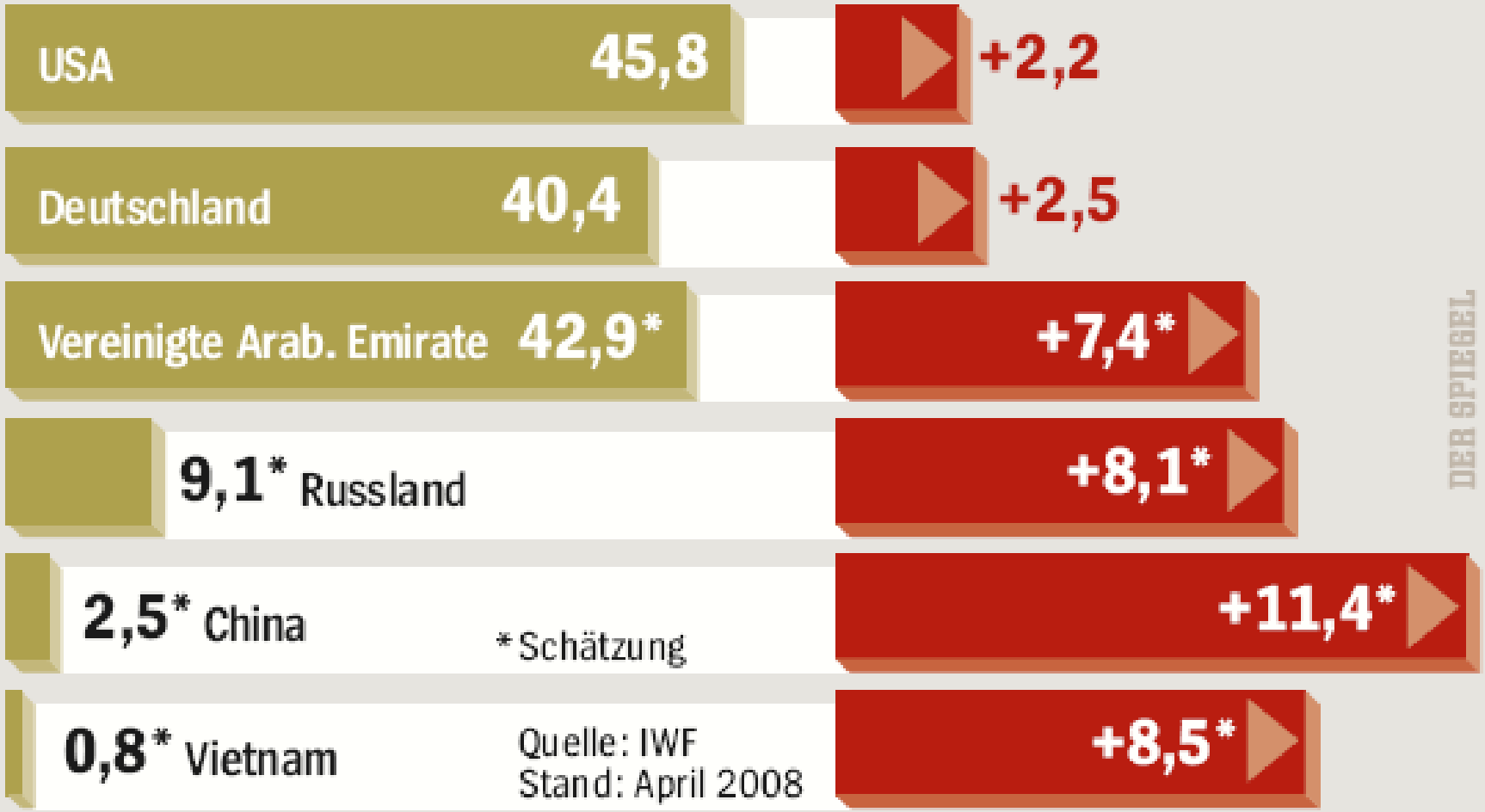
Geht Demokratie zu Lasten der Effizienz?

127000 Einwendungen

Seit 1998

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Neue Konkurrenz



SPIEGEL-UMFRAGE
Politisches System

„Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit der Demokratie in der Bundesrepublik und unserem ganzen politischen System?“

Nicht zufrieden

25 %

WEST: 24 % OST: 31 %

Einigermaßen zufrieden

62 %

WEST: 62 % OST: 65 %

Sehr zufrieden

12 %

WEST: 14 % OST: 4 %

TNS Forschung vom 28. und 29. April; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“

SPIEGEL-UMFRAGE
Freiheit oder Wohlstand?

22 %

aller Befragten

und

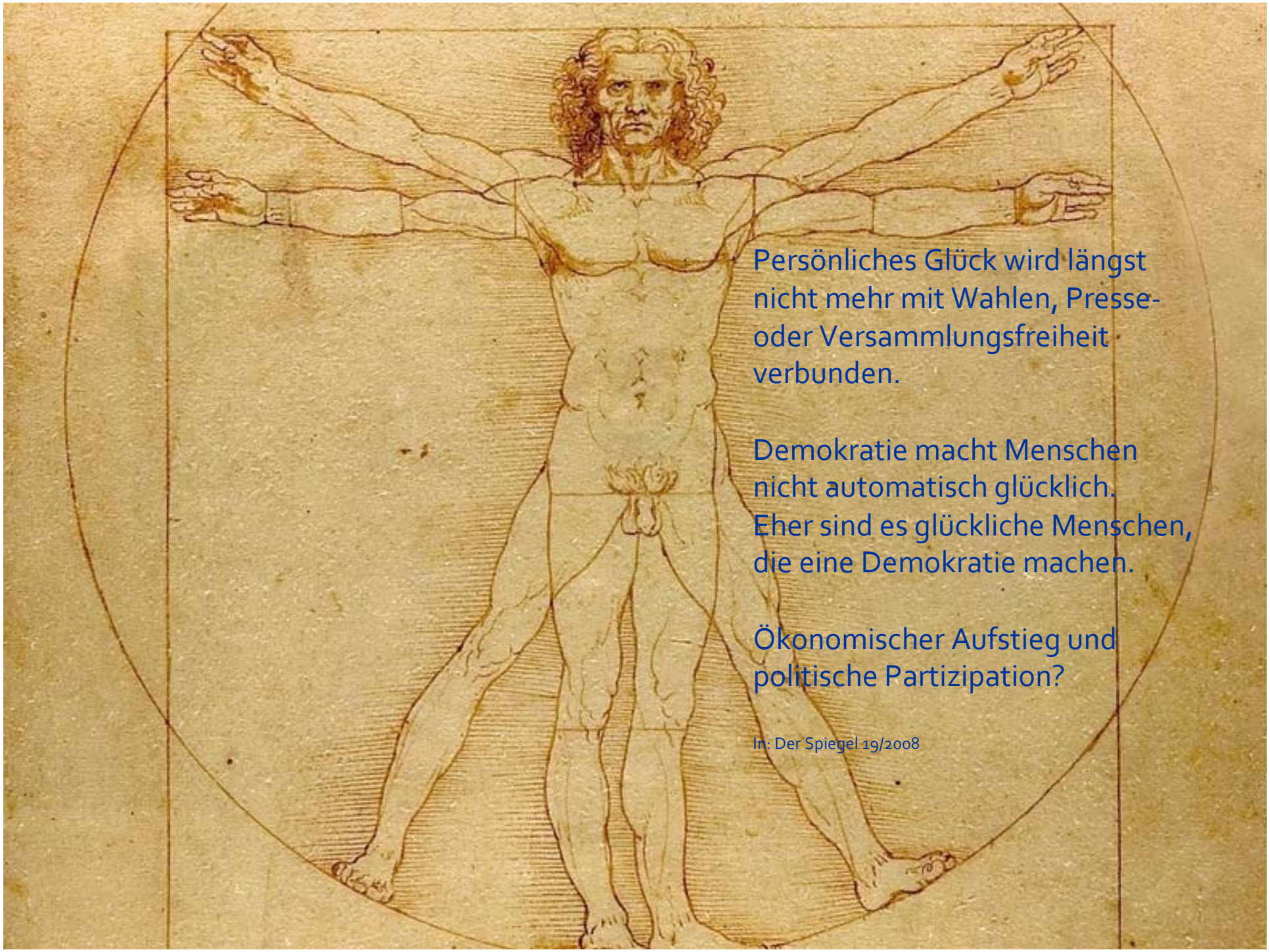
28 %

der Ostdeutschen

stimmen folgender Aussage zu: „Am wichtigsten ist mir materieller Wohlstand. Die politischen Verhältnisse im Land, Demokratie und Freiheit sind mir auch wichtig, aber erst an zweiter Stelle.“

„Vor allem sind mir die politischen Verhältnisse im Land, Freiheit und Demokratie wichtig.“ **77 %**

TNS Forschung vom 28. und 29. April; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“



Persönliches Glück wird längst nicht mehr mit Wahlen, Presse- oder Versammlungsfreiheit verbunden.

Demokratie macht Menschen nicht automatisch glücklich. Eher sind es glückliche Menschen, die eine Demokratie machen.

Ökonomischer Aufstieg und politische Partizipation?

In: Der Spiegel 19/2008

Die Mischung aus unzufriedenen und Gemütlichen. Den einen wäre es recht, wenn das System wechselt, solange das neue mehr Wohlstand oder weniger Ausländer verheißt. Die anderen sind zwar Demokraten, aber sie wollen nichts tun für die Demokratie, aus Trägheit, aus Liederlichkeit, aus Selbstsucht, aus Verdruss über Politiker, die sich nicht gerade Mühe geben zu beweisen, dass Politik eine schöne Sache sein kann. In dieser Mischung könnte eine Bedrohung liegen.

Ein bisschen Tocqueville

oder

aktuelle Anmerkungen eines Alten

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

"Ein Volk, das von seiner Regierung nichts fordert, als das Wahren von Ruhe und Ordnung, ist in seinem Innersten bereits ein Sklave! Er ist Sklave seines Wohlergehens! Der Mann, der dieses Volk in Ketten legt, kann auftreten… Jeder Ehrgeizling kann in einer solchen Situation die Macht an sich reißen, wenn er bloß dafür sorgt, dass die Wirtschaft gedeiht, wird man ihm alles andere nachsehen…"

So kommt es, dass der Wohlstand die Menschen davon ablenken wird, an der Demokratie teilzunehmen.

Ihre Liebe zum Wohlstand wird sie in immer engere Abhängigkeiten bringen!

" Die größte Leidenschaft der Menschen in Demokratien ist die Liebe zu Reichtum und Wohlstand. Sie ist die vorherrschende individuelle und nationale Neigung. In ihrem Lauf reißt sie alles mit sich.
Nur die Gegenwart ist von Bedeutung, die Menschen wollen nur noch an den nächsten Tag denken, die Zukunft verblasst..."
Michael Wehner 2010

Die wachsende Gleichgültigkeit den Mitmenschen gegenüber diagnostiziert Tocqueville als eine Folge der süchtigen Suche nach Glück, sprich Geld:

"Hilfe kann man nur mehr mit Geld erlangen.

Das vervielfacht die Verwendung des Reichtums und steigert dessen Preis. Wenn aber Menschen nicht lernen sich freiwillig beizustehen, werden alle der Ohnmacht verfallen."

"Es ist ein überlegendes Gefühl, das den Bürger drängt sich von den Mitmenschen fernzuhalten. Er sondert sich mit seiner Familie ab und nachdem er sich seine `kleine Gesellschaft´ geschaffen hat, ist ihm die `große Gesellschaft´ egal....

Die Menschen werden sich ganz und gar in der Einsamkeit ihrer eigenen Herzen einschließen. Sie werden die Alten vergessen und von ihren Kindern werden sie keine Vorstellungen haben."

"Der Verwaltungsdespotismus wendet sich fortwährend dagegen, dass Bürger etwas tun, er hemmt, drückt nieder, zermürbt, löscht aus und stumpft die Menschen ab. Damit nimmt die Verwaltungsdespotie den Menschen jede Notwendigkeit sich miteinander zu verständigen und jede Gelegenheit zu gemeinschaftlichem Handeln. Denn auch die alltäglichsten Dinge werden mit einem Netz verwickelter und einheitlicher Vorschriften überzogen."

So entwickelt sich die Demokratie zu einer neuen und subtilen Form der Despotie, wenn

"alle gleich bequem, ängstlich und feige werden, und wenn jeder sein eigenes Wohlergehen über das Gemeinwohl stellt."

"Eine Gesellschaft wird um so brüchiger, je mehr Probleme sie löst, und ihr Überleben um so sicherer, je weniger sie löst."

Eine berühmte Stelle bei Tocqueville, ..., ist die Feststellung, dass eine Gesellschaft sich um so heftiger gegen die Autorität auflehnt, je höher der Bedürfnissättigungsgrad ist.

Mit anderen Worten: Die Forderungen werden um so aggressiver vorgetragen, je mehr sie schon erfüllt sind, vor allem aber, je weniger die Erzielung immer weiterer Vorteile illusorisch erscheint, wozu auch Wohlstand und Freiheit gehören."

Bundesrepublikanische Demokratie-Defizit-Befunde

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Schönwetter-Demokratie?

Die Deutschen finden Volksherrschaft prima - aber nur solange die persönlichen Finanzen stimmen, zeigt eine neue Studie. Vier von zehn Befragten sagen, die Demokratie funktioniere nicht.

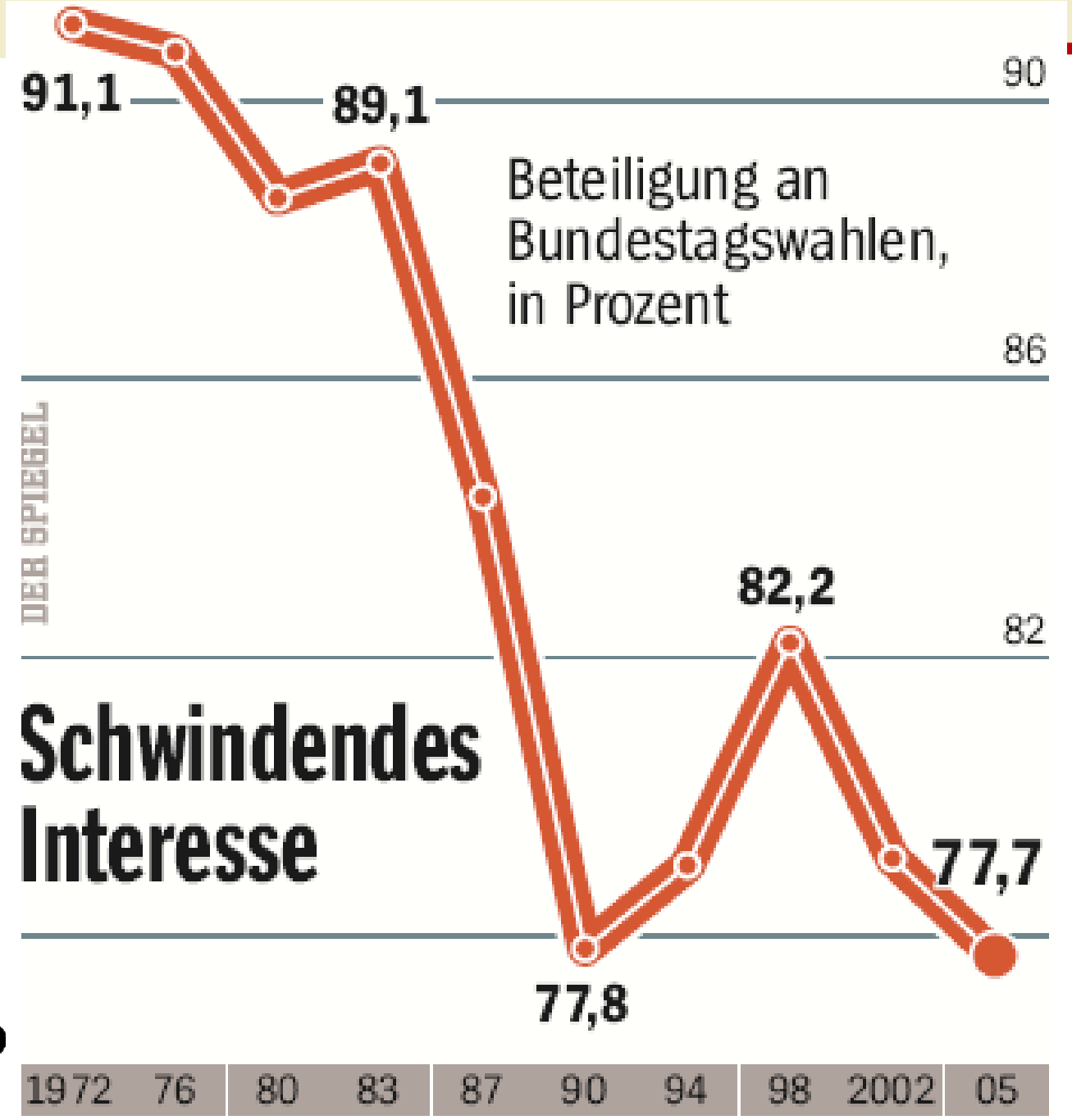
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

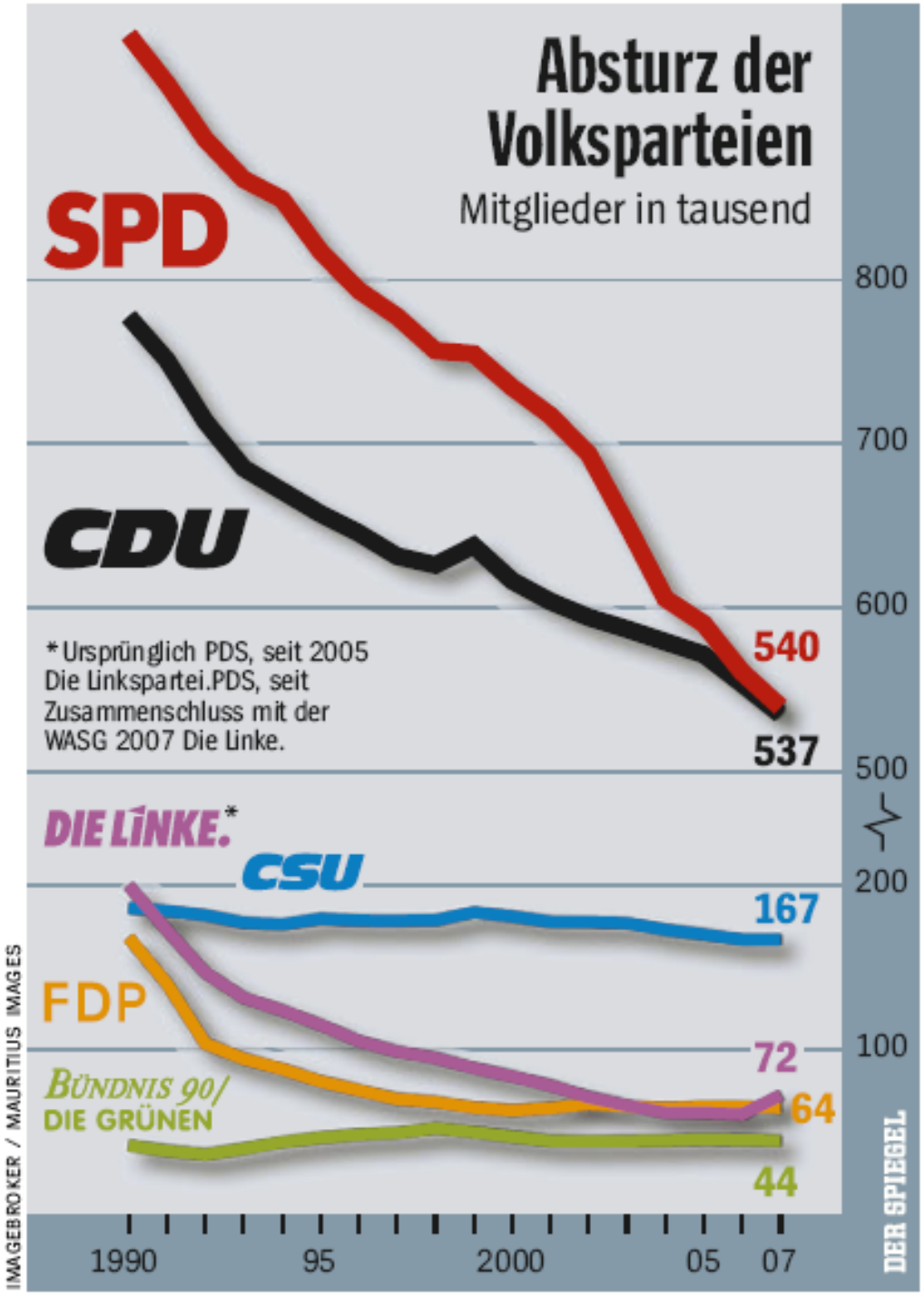
Zuschauerdemokratie –
nur es wird nicht einmal mehr zugeschaut.

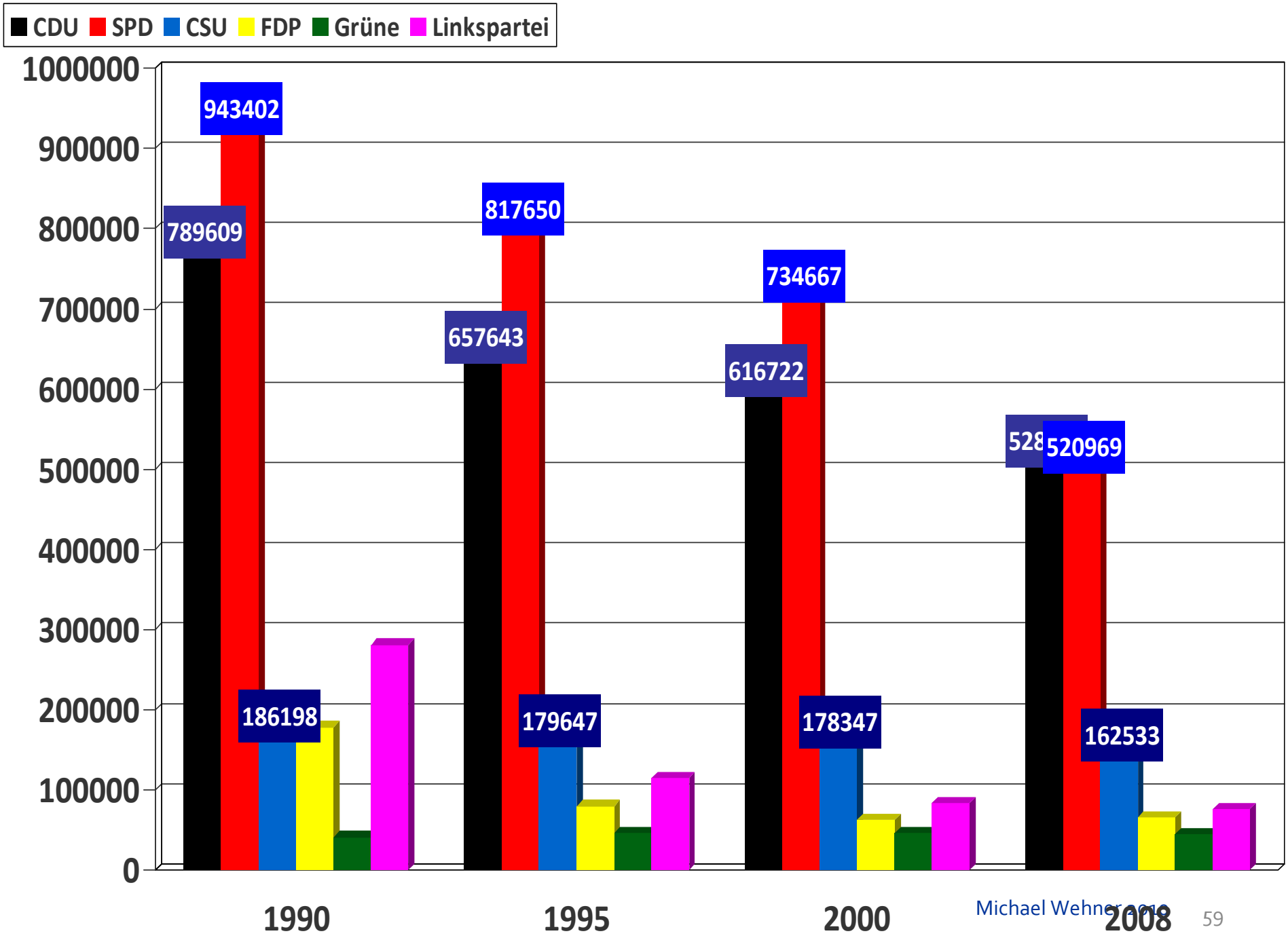
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

TALKSHOW-DEMOKRATIE

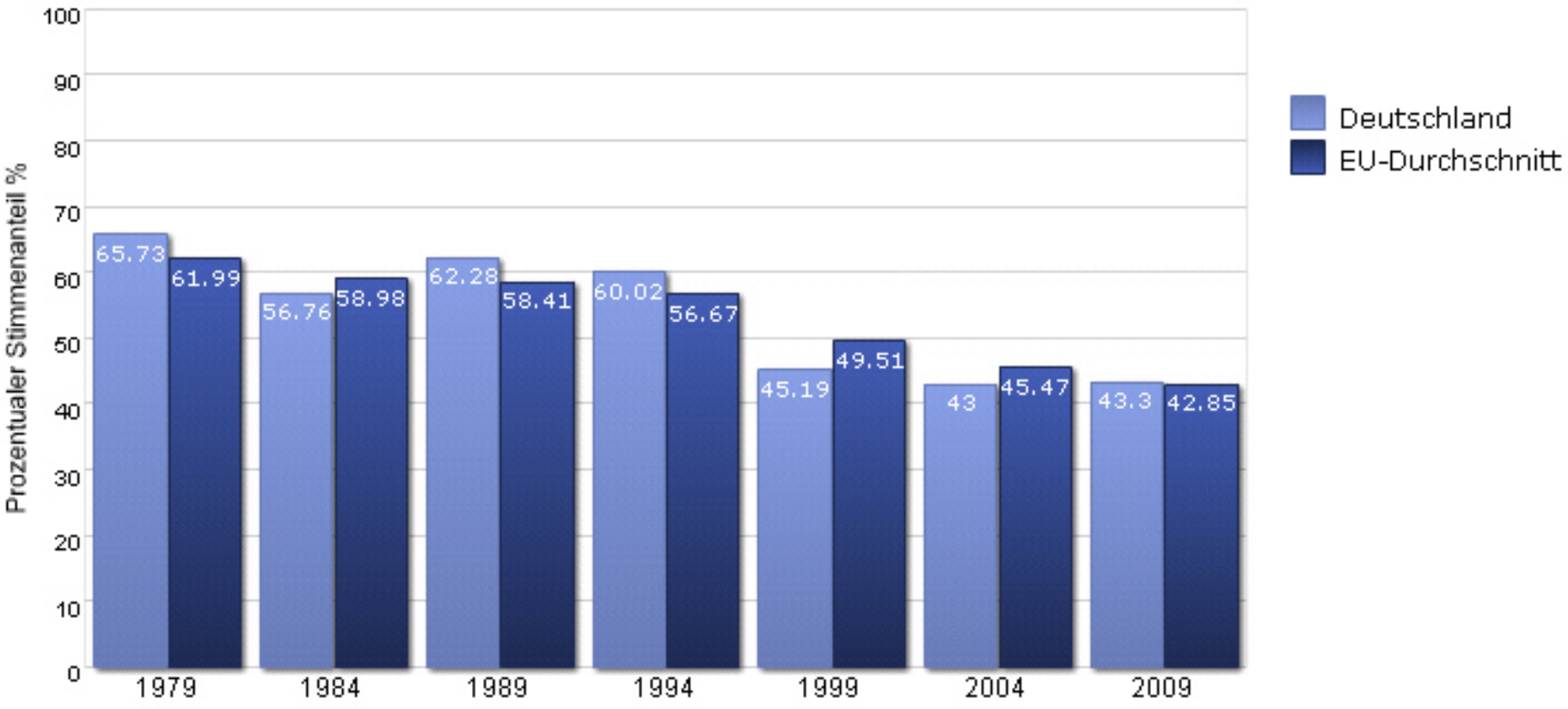
Das Problem der Talkshow-Demokratie sind nicht die Talkshows, wir sind das Problem, die Zuschauer, die 60 Minuten Fernsehstreit möglicherweise für politische Auseinandersetzung halten. Hinter den Kulissen der Show lauern die unbequemen Einsichten, der Wille zur Veränderung, die Mühen der Demokratie.


Schwindendes Interesse
Beteiligung an Bundestagswahlen, in Prozent
DER SPIEGEL
91,1
89,1
77,8
82,2
77,7
90
86
82
1972
76
80
83
87
90
94
98
2002
05

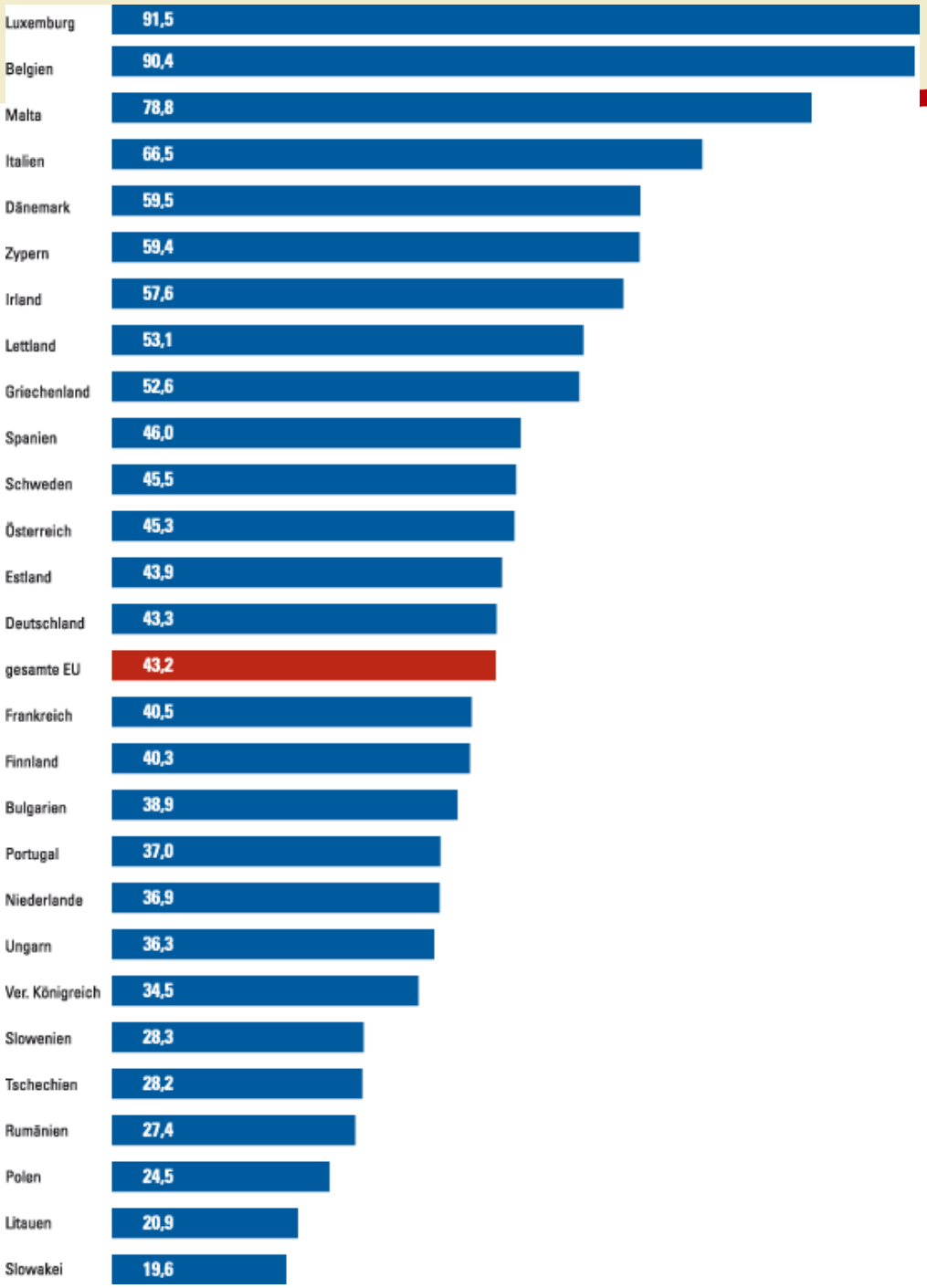

Absturz der Volksparteien
Mitglieder in tausend
SPD
CDU
DIE LINKE.*
CSU
FDP
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
*Ursprünglich PDS, seit 2005 Die Linkspartei.PDS, seit Zusammenschluss mit der WASG 2007 Die Linke.
540
537
167
72
64
44
800
700
600
500
200
100
1990
95
2000
05
07
DER SPIEGEL
IMAGEBROKER / MAURITIUS IMAGES


CDU
SPD
CSU
FDP
Grüne
Linkspartei
1000000
900000
800000
700000
600000
500000
400000
300000
200000
100000
0
943402
789609
186198
817650
657643
179647
734667
616722
178347
528
520969
162533
1990
1995
2000
2008

Wahlbeteiligung Europaparlament 1979-2009



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Demokratie ist eine Sache der Eliten und Besserverdienenden

Unterschied in der Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 2009 von 37,2% je nach Stadtviertel (Vauban 67%, Haslach 29,8%)

Demokratie-Paradoxien

Das Demokratie-Paradox Nummer 1:

Es sollten immer die betroffenen Menschen darüber entscheiden, ob sie eine Demokratie haben wollen oder nicht.

Auf keinen Fall andere Staaten.

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Das Demokratie-Paradox 2:

Wenn die Mehrheit des Volkes eine undemokratische Partei wählt, ist die Demokratie vorbei.

Michael Wehner 2010

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Hamas
440 409 Stimmen 44,45% 74 Sitze

Fatah
410554 Stimmen 41,43% 45 Sitze

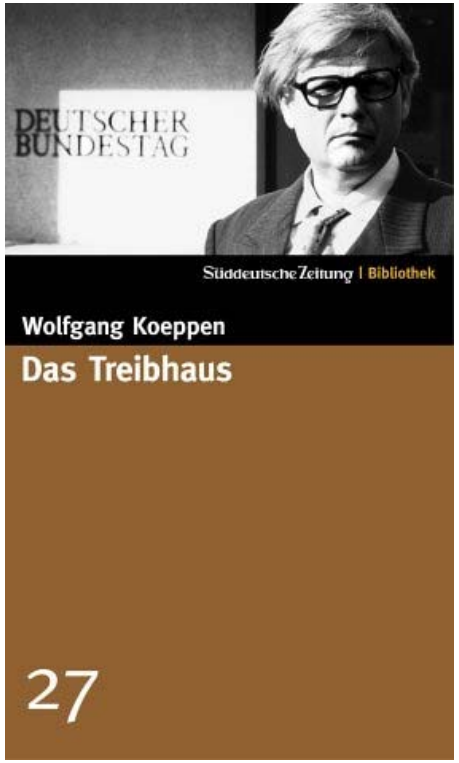
Eine von Volkes Stimme legitimierte Terrororganisation?

NEIN DANKE

Die Mehrheit regierte. Die Mehrheit diktierte. Die Mehrheit siegte in einem zu. Der Bürger hatte nur noch zu wählen, unter welcher Diktatur er leben wolle. Die Politik des kleineren Übels, sie war das A und O aller Politik.

Wolfgang Koeppen

in: Das Treibhaus, 1953, zitiert in: Stuttgarter Zeitung, 21.08.2009

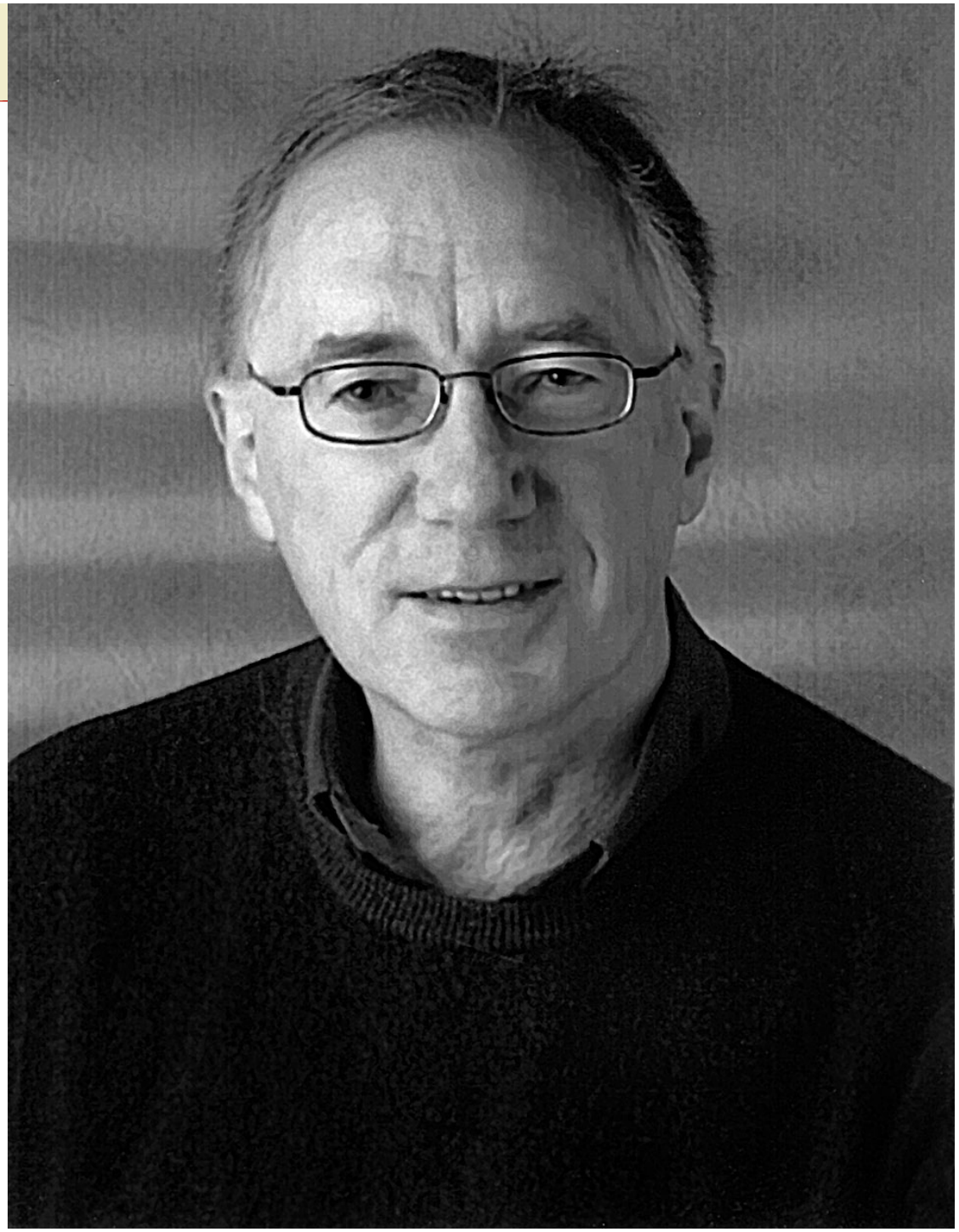


Das Demokratie-Paradox 3:
Die Demokratie ist zu langsam und zu schnell.

Zu schnell, weil der Herrschaftsauftrag nur für kurze Zeit vergeben wird.

Zu langsam, weil kurzfristige Erfolgsnachweise die langfristigen und notwendigen Projekte erschwerten.

Prof. Dr. Manfred G. Schmidt



lpb
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Das Demokatrie-Paradox Nummer 4:

Demokratie ist Herrschaft

des Mittelmaßes....

Demokratie-Paradox 5:

Gelten die demokratischen Regeln auch für die Gegner der Demokratie?

?

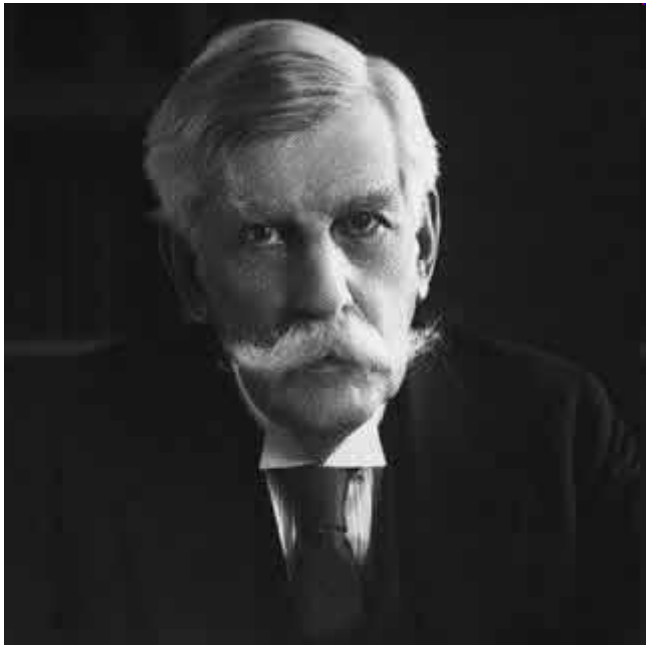
Meinungsfreiheit auch für
Gegner der Meinungsfreiheit?

"Kein Problem, wir sägen ihn um!"

Wenn es ein Prinzip der Verfassung gibt, das mit mehr Nachdruck Beachtung verlangt, dann ist es das Prinzip des freien Denkens – und das meint nicht die Freiheit für Gedanken, mit denen wir übereinstimmen, sondern die Freiheit für ein Denken, das wir hassen!

US-Bundesrichter Oliver Wendell Holmes
1841-1935

in: NZZvom 21.11.2008, 31



Völlige Freiheit des Internets!

JA

NEIN

Das Freiheits-Paradox:

Freiheit ist nur in Grenzen möglich.
Grenzenlose Freiheit hebt sich auf.

Bundesarchiv, B 145 Bild-F080599-0023
Foto: Reineke, Engelbert | 17. Januar 1989

Bundesarchiv, B 145 Bild-F080599-0023
Foto: Reineke, Engelbert | 17. Januar 1989

:s gibt ein Paradoxon der Toleranz:
Grenzenlose Toleranz, die auch die
ntoleranten einschließt, beinhaltet die
Gefahr, dass die Intoleranten die Toleranz
ıbschaffen.

JA

Burka-Verbot?

NEIN

Das größte Problem Europas ist kultureller Relativismus. Er führt dazu, dass die Europäer heute nicht mehr wissen, worauf sie stolz sein sollen und wer sie eigentlich sind. Weil ein von sogenannten Liberalen und Linken aufgezwungenes Konzept besagt, alle Kulturen seien gleich.

Geert Wilders

In: Der Spiegel 45/2010, 122

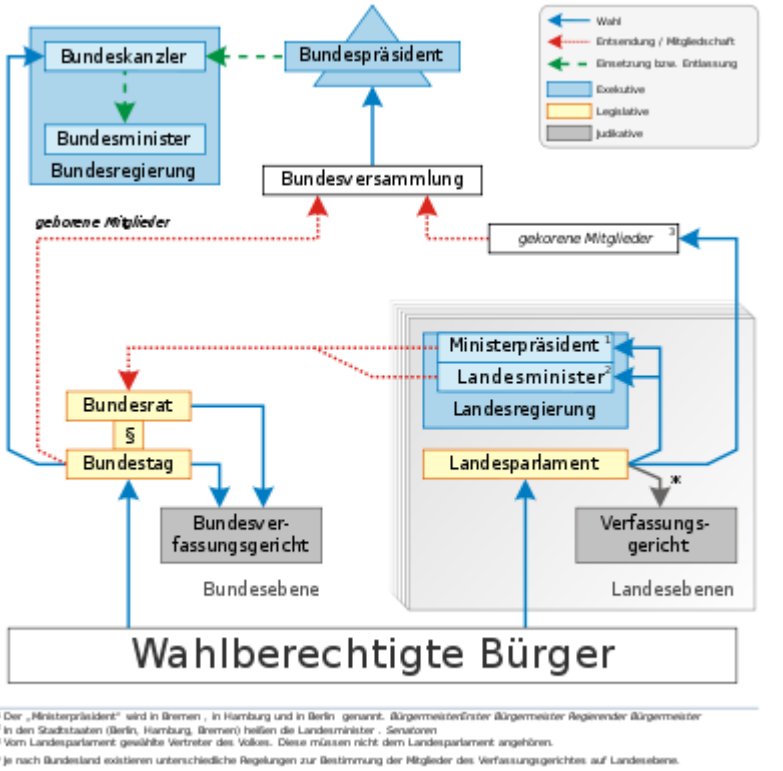
Reparatur der Demokratie - Reformvorschläge

Was muss passieren, damit die Wähler wieder klar erkennen können, wer für politische Entscheidungen verantwortlich ist?

Unter welchen Bedingungen muss eine Regierung gebildet werden, die wirklich handlungsfähig ist?

Wie lässt sich die Distanz zwischen Gesellschaft und Politik verringern?

Wo bekommt man Politiker her, die den Mut haben, zu ihren Überzeugungen zu stehen?



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Direktwahl des Bundespräsidenten?

Mehrheitswahl statt Verhältniswahlsystem?

Abschaffung der zweiten Kammer oder Einführung einfacher Mehrheit

Wettbewerbsföderalismus
Änderung des Länderfinanzausgleichs?

Direktwahl der Bundestagskandidaten?

Selbstauflösungsrecht des Bundestags?

Amtszeitbegrenzung Bundeskanzler oder gar Abgeordnete?

Gesetzesinitiativrecht des Volkes?

Repräsentative und/oder direkte Demokratie?

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

lpb
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Direkte Demokratie

Wie die Bürger in der Europäischen Union mitbestimmen dürfen

- Referenden können von der Bevölkerung angestoßen werden und sind für die Regierung verpflichtend
- Volksabstimmungen müssen in der Regel von Parlament oder Regierung eingeleitet werden
- Referenden ungewöhnlich
- Volksabstimmungen in der Verfassung praktisch nicht vorgesehen

Quelle: angelehnt an eine Studie der Stiftung „Initiative and Referendum Institute Europe" von 2002

* unverbindlich für die Regierung

Das neue Herz Europas

Stuttgart 21

www.kopfbahnhof-21.de

lpb
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

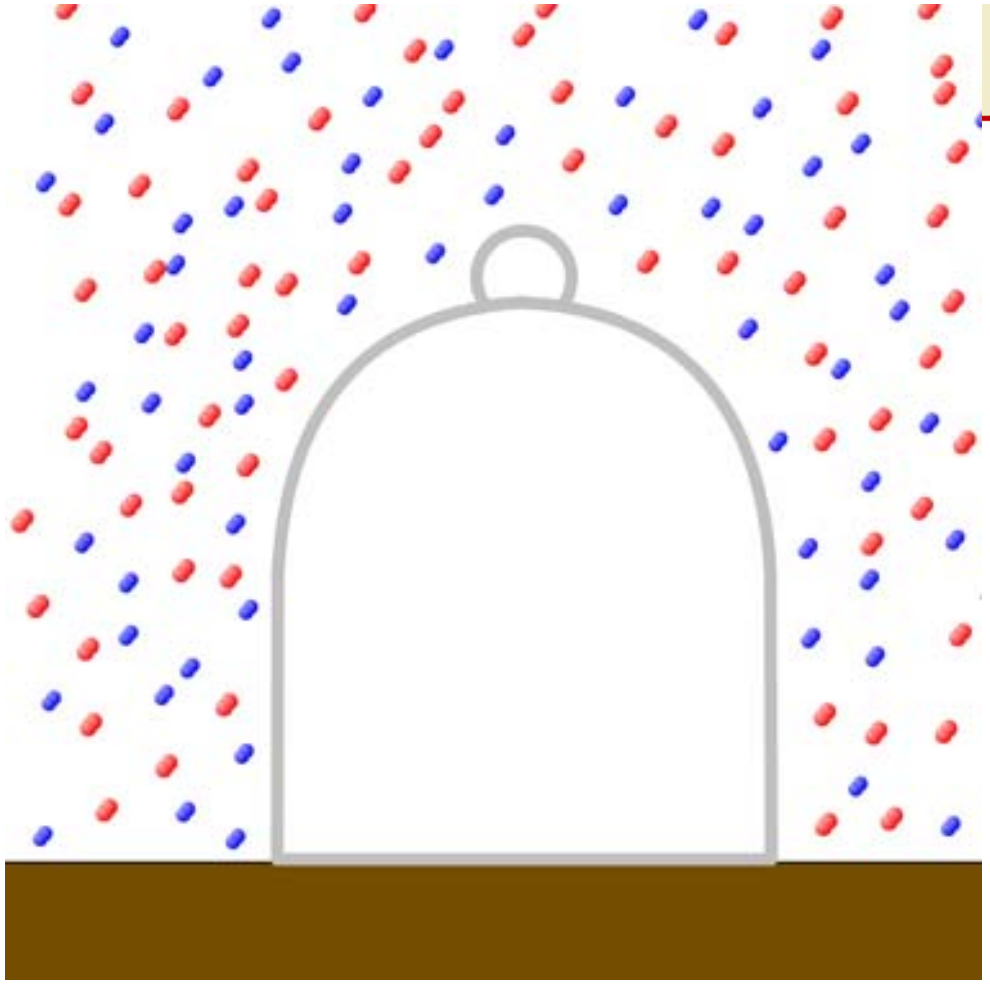
Liebeserklärung an das Unvollkommene

Wenn du dich nicht entscheidest,
verlasse ich dich! – Deine Demokratie.

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Wenn es morgens um sechs Uhr an meiner Tür läutet und ich kann sicher sein, dass es der Milchmann ist, dann weiß ich, dass ich in einer Demokratie lebe.
Winston Churchill
30.11.1874 - 24.01.1965
brit. Politiker und Nobelpreisträger

lpb
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg



Eine Diktatur muss ein Vakuum bleiben, um zu funktionieren.

Günther Nooke,
Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung

Spiegel 21/2008

lpb
Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Es gab beispielsweise noch nie eine riesige Hungersnot in einer Demokratie. Wer sich Wahlen stellen muss, kann sich eine große soziale Katastrophe nicht leisten.

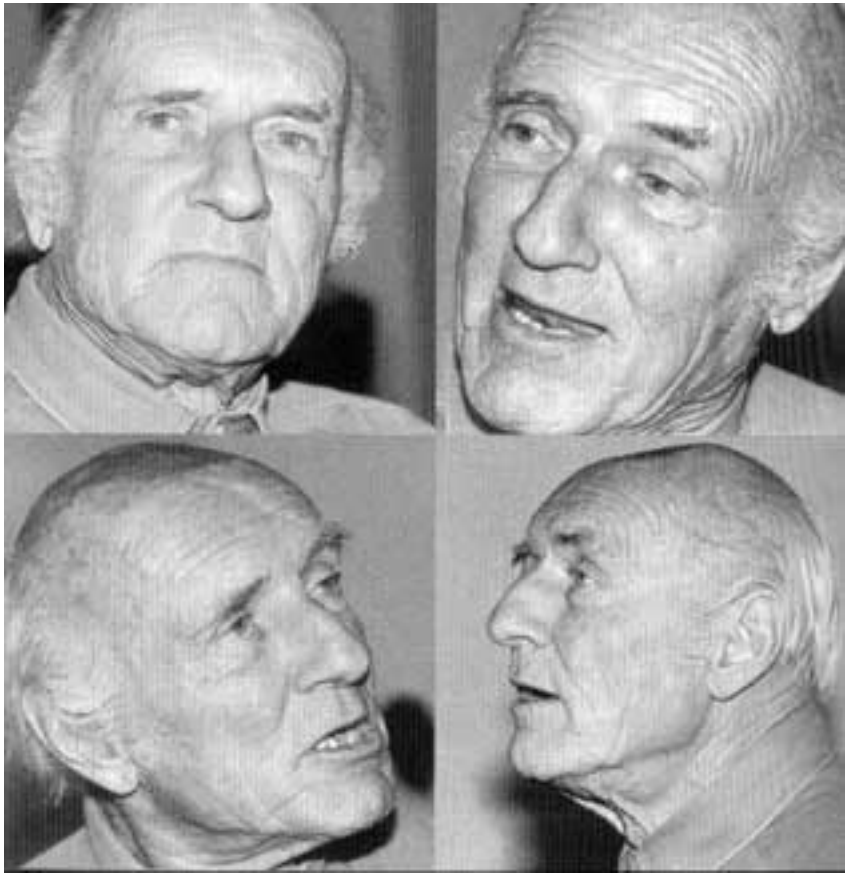
Amartya Sen
in: Der Spiegel 19/2008

Die Demokratie ist, Unkenrufen zum trotz, nicht eine retardierende Staatsform des Hinhaltens, der Langsamkeit, des Ausweichens, im Gegenteil, sie ist - überraschend? - die Staatsform der Problemnähe und der Bevorzugung realisierbarer konkreter Wegweisungen - sicherlich mit Bedacht irgendwelchen Überstürzungen abhold. Bürger- und Problemnähe berühren sich. Es geht um das Nachdenken über das, was auf die Gesellschaft direkt oder indirekt zukommen könnte und für was der Staat und die weiteren öffentlichen Institutionen verantwortlich zeichnen.

„Die Demokratie gestattet als einzige Regimeform die friedliche Korrektur der eigenen Fehler und bleibt daher das attraktivste politische Modell."
Hans-Ulrich Wehler

In dem Moment, wo gestritten wird, was wahr ist, da ziehe ich mich gleich zurück. Denn mit der Wahrheit kann man überhaupt nichts anfangen. Dieser schreckliche Fluch, eine Wahrheit zu wollen, ist ja das Entsetzliche, warum sich die Menschen alle die Schädel einschlagen. Die Fundamentalisten sagen: Wir wissen die Wahrheit. Und die anderen sagen: Aber wir wissen die Wahrheit, ihr habt die falsche Wahrheit. Die richtige Wahrheit, die falsche Wahrheit? Wer stellt das fest?

Heinz von Foerster

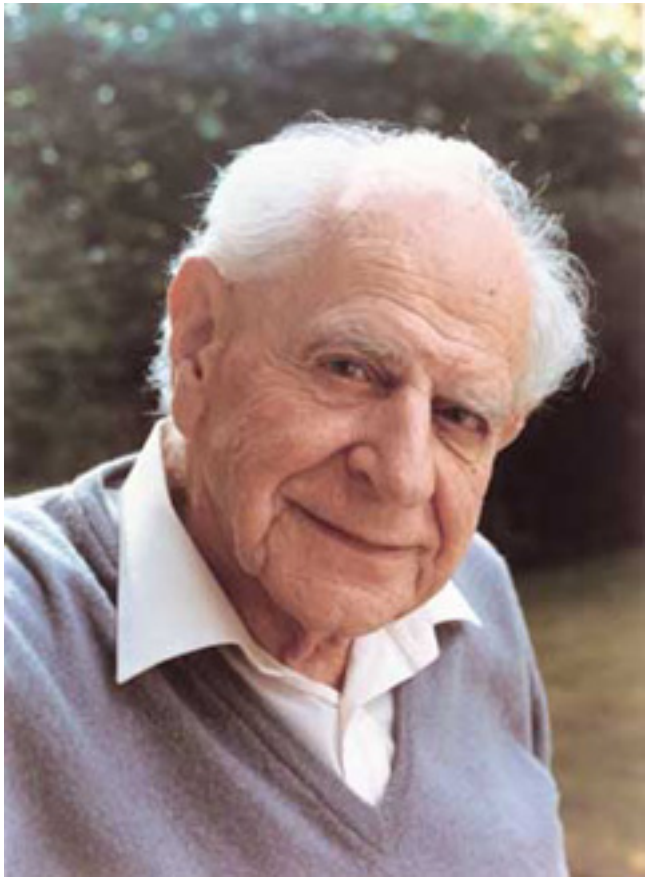


Wir leben in einer Welt der Ungewissheit. Niemand weiß genau, was wahr und was gut ist. Darum müssen wir immer neue und bessere Antworten suchen. Das geht aber nur, wenn Versuch und Irrtum erlaubt sind, ja ermutigt werden, also in einer offenen Gesellschaft. Sie wenn nötig zu verteidigen und sie jederzeit zu entwickeln, ist daher die erste Aufgabe.

Ralf Dahrendorf, Todesanzeige BZ vom 19.06.2009

Wenn wir Menschen bleiben wollen, dann gibt es nur einen Weg, den Weg in die offene Gesellschaft. Wir müssen ins Unbekannte, ins Ungewisse, ins Unsichere weiterschreiten und die Vernunft, die uns gegeben ist, verwenden, um, so gut wir es eben können, für beide zu planen, nicht nur für die Sicherheit, sondern zugleich auch für die Freiheit.

Karl R. Popper



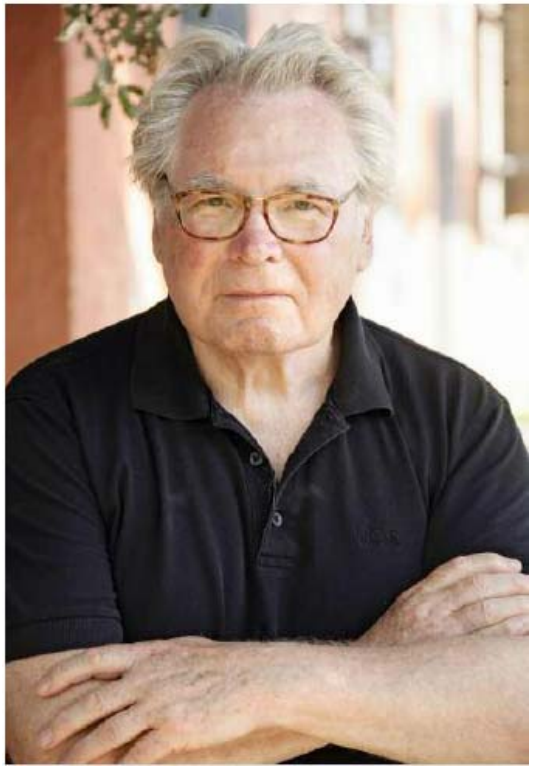
Demokratische Gesellschaften sind eine Ausnahmeerscheinung im Lauf der Geschichte. Niemand weiß zur Stunde, wie robust und überlebensfähig sie am Ende sind. Ihr wahrer politischer Wert liegt in der Akzeptanz menschlicher Artenvielfalt, Religionen und Existenzformen, ihre Überlebensgarantie ist die Gedanken-freiheit. Das alles weiß ich und schöpfe doch mein Vertrauen in sie ganz aus dem Unbewussten: Ich baue darauf, dass sie von selbst funktionieren. Und das Glück, sagt der Philosoph, ist nichts anderes als das Funktionieren.

Durs Grünbein , Poetik-Professor

in: Der Spiegel 18/2010, 145

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Oskar Negt: Der Tod der Utopien, der nach 1990 so lauthals gefeiert wurde, hat dazu geführt, dass wir es in Politik und Wirtschaft mit sogenannten Realisten, Tatsachenmenschen zu tun haben, die nur noch darauf verweisen, was nicht geht, so dass die Potentiale, die in der Gesellschaft stecken, nicht zur Entfaltung kommen. … Die gegenwärtig vorherrschende Form des falschen, verdrehten Bewusstseins, das, was ich die Ideologie betriebswirtschaftlicher Rationalisierung mit ihrer Umverteilung nach oben und dem Sparzwang nach unten nenne, läuft den traditionellen Emanzipationsidealen von Aufklärung, Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichheit zuwider. Dieser verkürzte, auf Anpassung an das Bestehende ausgerichtete Realitätssinn höhlt die politische Moral aus und gefährdet damit das Fundament unserer Demokratie.



SPIEGEL: Wie wollen Sie denn der Flucht ins Private entgegenwirken?

Oskar Negt: Es mag ein bisschen verstaubt und anachronistisch klingen, aber ich sehe nur eine Möglichkeit: politische Bildung. Seit Jahrzehnten gehe ich der Frage nach, wie politisches Urteilsvermögen entsteht. Es gilt, das Besondere der je eigenen Lebenswelt mit dem Allgemeinwohl der Gesellschaft dialektisch in Zusammenhang zu bringen. Deshalb vertrete ich die These: Demokratie muss gelernt werden - immer wieder, tagtäglich, ein Leben lang. Die Menschen werden nicht als politische Wesen geboren. Der Mensch als Zoon politikon, als politisches Lebewesen im Sinne von Aristoteles, ist das Ergebnis eines ständigen Erziehungs- und Lernprozesses, nicht eine anthropologische Konstante.

„In dieser Gesellschaft brodelt es“

Der Philosoph Oskar Negt über die Krise in der Demokratie, die Notwendigkeit politischer Bildung und die Spannung zwischen Wirklichkeit und Utopie

Oskar Negt:

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

SPIEGEL: Gut, aber in die Banalität der Lebenspraxis übersetzt, hört sich das nach Erwachsenenbildung, Volkshochschule, Gewerkschaftsseminaren an. Also nicht gerade verlockend.

Oskar Negt: Von besonderem Eifer ist in dieser Hinsicht tatsächlich wenig zu verspüren, das räume ich sofort ein. Aber die Verbindung von Bildung und Demokratie ist einzigartig. Sachwissen, Berufsqualifikation ist mit jeder Gesellschaftsverfassung vereinbar, auch mit einer totalitären; politische Bildung dagegen nur mit einer demokratischen Ordnung, denn ihr Ziel ist der mündige, aufgeklärte Bürger, der es wagt, sich seines Verstandes ohne Anleitung anderer zu bedienen.